

„Eine Vertretung der AfD in den Parlamenten würde den Korridor progressiver Politik weiter verengen.“

Fragt man Parteienforscher nach Einschätzungen, kommen natürlich Regierung und Bewegung mit in den Blick. Die Regierung war mutig, solidarisch, unkonventionell handelnd angesichts einer Massenflucht aus dem syrischen Bürgerkrieg. Merkel hat sich von den eigenen Überzeugungen, die für sie wahrscheinlich ebenso überraschend waren wie für die Öffentlichkeit, hinreißen lassen. Die Begrenzung der Mittel in Deutschland, das minimale Engagement der Europäer, das Fehlen erfolgversprechender Steuerungsinstrumente (Kontrolle der EU-Außengrenzen, die Nichtbereitschaft zu Kontingentierung und Umverteilung etc.) – dies und manches andere erschien nicht in festen Bildern auf dem Radar, der für komplexes Regieren notwendig ist.

Das Vertrauenskapital, das Merkel mit ihrer jahrelangen Mitte-Strategie aufgebaut hatte, half ihr dabei – abweichend vom konservativ-christlichen Muster in Europa – ihre Wählerschaft trotz der offenen Flüchtlingspolitik bei der Stange zu halten, bevor auch hier Abwanderung einsetzte. Die SPD, die in dieser Frage ebenfalls gespalten ist, konnte sich eine Weile in ihrem Windschatten verstecken und ihre Wählerschaft zusammen halten, bevor auch hier die Gegensätze sichtbar wurden.

Von Defiziten des Regierens konnten die Rechtskräfte in Deutschland profitieren.

Das war nicht Ursache, aber gefundenes Fressen für den Rechts-Protest. Seit langem wird ein Potential rechtspopulistischer bis rechtsradikaler Orientierungen in der Größenordnung von 15 Prozent gemessen. Das verteilt sich auf Nichtwähler und die Wählerschaft großer Parteien sowie auf Parteien des rechten Randes. Längere Zeit war das Potential latent. Die Mobilisierung braucht ein großes, dafür geeignetes Thema und Mobilisierungsakteure, Parteien und Bewegungen. Die AfD war nach ihrer Spaltung im Niedergang, auch Pegida war auf Abstiegslinie und hatte sich zusätzlich gespalten, die NPD hauste im Dunkeldeutschland.

Der organisierte Rechtspopulismus macht das rechte, demokratiefeindliche Potential der Wählerschaft hoffähig – Wählerprozente scheinen per se legitim. Dabei hat sich die AfD bewusst in die Grau- und Dunkelzone einer sich radikalisierenden Bewegung und von Neonazis begeben. Dumpfe Ressentiments, rassistische Reflexe, Wiederbelebung von NS-Parolen werden gezielt verbunden mit Bürgerängsten. Überlappungen und Rechtskonkurrenz treiben die Radikalisierungs- und Gewaltspirale nach oben. An Orten wie Dresden polarisiert das alle Sozialbeziehungen, überall verändert es das Parteiensystem. Es vergiftet die Kultur der Parteienkonkurrenz (Sprache, Toleranz, Anstand). Eine Vertretung der AfD in den Parlamenten würde Koalitionen auf Schwarz-Rot reduzieren, damit den Korridor progressiver Politik weiter verengen. Eine klare Grenzziehung könnte gerade angrenzenden Parteien, die auf Stimmenjagd sind, schwer fallen. Anleihen, Nachahmungen, Aufwertungen aller Art könnten mit einem solchen Rechtsopportunismus verbunden sein.

Umso dringlicher, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus, eine Verrohung von Politik und die schleichende Schwächung unseres demokratischen Systems aktiv und offensiv zu bekämpfen. Mit dem guten Argument, mit der sichtbaren Demonstration für die Demokratie gegen ihre Feinde, mit der Zivilcourage, sich auch in kleineren Städten Angriffen auf Leben und Menschenwürde entgegenzustellen, selbstverständlich auch mit einer Polizei und Justiz, die auf keinem Auge blind ist.

Das Gelingen hängt von vielen ab. Aber es wird nur gelingen, wenn die Solidarität mit den Flüchtlingen von der Solidarität der Demokraten begleitet wird. Nur so kann der Rechten das Thema wieder entwunden werden. Übrigens ist gutes Regieren dabei oft mindestens so wichtig wie der Appell an gute Werte

Kein Hauch von Weimar. Wir haben gelernt: Dies ist eine Demokratie mit Demokraten. Die andere Lehre heißt „Wehret den Anfängen“.

Prof. Dr. Joachim Raschke (Hamburg) gehört zu den führenden Parteienforschern in Deutschland und hat zusammen mit Prof. Dr. Ralf Tils u.a. das Standardwerk zu Fragen der `Politischen Strategie` geschrieben. (www.apos.de)

AfD/Pegida im Sog des Rechtspopulismus und seiner Rechtsradikalisierung: von der Entfesselung des Ressentiments zur Gewalt. Was tun gegen die Brandstifter von rechts?

Zu AfD und Pegida, ihrer Radikalisierung, der Welle von Hass und Gewalt und mögliche Gegenstrategien

Vortrag von Hajo Funke am 9. November 2015 in Mainz

Es gilt das gesprochene Wort

1. Das Attentat als Zäsur

Ihr Oberbürgermeister sagte am 9. Nov 2014 in der Mainzer Synagoge: „Der 9. November ist ein Tag der Erinnerung an eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Er ist ein Tag des Innehaltens, der Rückschau und nicht zuletzt der Mahnung, dass solches Unrecht nie wieder geschehen darf. Das, was sich da teils offen, teils latent an Aggression, an Hetze und Gewaltbereitschaft entlud, ist ein Angriff auf unsere heutige Gesellschaft.“

Ein Jahr später hat es nicht nur eine breite Entwicklung rechtspopulistischer Strömungen gegeben, sondern in ihrem Schatten ein Wiedererstarken neonazistischer Gewalt. Die CDU Kandidatin Henriette Reker wurde von dem Neonazi Frank S in einem feigen, kaltblütigen Attentat fast ermordet. Es war ein Attentat auf die Politik der CDU Merkels - und der Demokratie. Das Attentat war eine Zäsur.

Spätestens jetzt - nun erst, könnte man ebenso sagen - sind die demokratischen Parteien und Öffentlichkeit und nicht zuletzt die Sicherheitsbehörden alarmiert, entschieden und umfassend eine Brandmauer gegenüber einer entfesselten Stimmungsmache gegenüber Asylflüchtlingen wie ihren Helfern, die sich seit der ersten Pegida-Demonstration abzeichnete, zu bilden. Die Entfesselung des Ressentiments - ein Kerngeschäft der Rechtspopulisten in Europa - zeichnete sich auch in D seit über einem Jahr ab und hat sich - und dies ist die entscheidende Lehre angesichts zu geringen Widerstands in Politik und Öffentlichkeit - selbst radikalisiert.

Ein Phänomen, dass die Politikwissenschaft zum Rechtspopulismus in Europa von Österreich und Frankreich längst kennt, wo das Zusammengehen von ÖVP und FPÖ in Österreich zur Stärkung der Rechtspopulisten und ähnlich mit Sarkozy in Frankreich geführt hat. Der Gefahr des Spiels mit den Rechtspopulisten sind die

Schwesterparteien der CSU in Österreich und Frankreich längst erlegen. Sie haben dazu beigetragen, dass die Rechtspopulisten dort zwischen 20 und 30 % bekommen.¹

Rechtspopulismus definiert sich meines Erachtens durch einen Dreischritt, den wir nicht nur in Österreich klassisch beobachten können: wir sind die Stimme des Volkes, eines Vokes, das wir selbst definieren. Wir führen es an und lösen mit und für das Volk die Probleme. Wir tun dies durch Projektive Aggressivität, entweder auf das Projekt Europa als Ganzes oder nicht zuletzt auf die, die wir als Feinde oder nicht dazugehörige in unserer Gesellschaft ausgrenzen, abwerten und eigentlich aus dem Land werfen wollen. Drei Elemente und Kriterien sind für den Rechtspopulismus kennzeichnend und weisen ihn als solchen aus: Im Kern steht

- 1) das Bedienen *ethnozentrisc-fremdenfeindlicher, nationalistischer oder antisemitischer Ideologieelemente* (in Adaption spezifischer politisch-kultureller Narrative wie historischer Resonanzböden und politisch-psychologischer Bedürfnisse, und meist über bewusst miteinander verknüpfte Themen wie Einwanderung, Kriminalität, Globalisierung, innere Sicherheit und nationale Identität); hinzu kommt
- 2) der *inszenierte Gestus vom mutigen ‚Tabubruch‘*, also die Selbstinszenierung als politische Akteure, die aufräumen mit der moderierenden Sprache und den Verkehrsformen der liberalen, Interessen vermittelnden und Rechte garantierenden parlamentarischen Demokratien; hierbei wird mit rechts-autoritären Saubermann-Phantasien operiert (diese Inszenierung steht vielfach in Zusammenhang mit der Konstruktion einer ‚verfolgten Unschuld‘ sowie Verschwörungstheorien, die vielfach auch antisemitisch besetzt werden/werden können); sowie
- 3) eine anti-elitäre Stilisierung gegen die „herrschende politische Klasse“ (Haider/Möller) und die Einrichtung einer – autoritär-charismatisch gelenkten – „Bürgerdemokratie“ (*Anti-System-/ Anti-Establishment-Affekte*).²³

¹ Ich beziehe mich darauf: in der Tat, rechtspopulistische Strömungen grassieren in Europa in einem nie gekannten Ausmaß. Sie sind dort besonders verbreitet, wo sie sich lang etabliert sind, in Österreich, in Frankreich, in den Niederlanden oder in Dänemark. Sie gefährden mit ihrer gegenüber Europa und dem europäischen Projekt aggressiven, zum Teil destruktiven Haltung eben dieses Projekt und die innere Balance, den gesellschaftlichen politischen und kulturellen Ausgleich in den jeweiligen Ländern. Das ist beängstigend und in der Tat bedrohlich. Vgl. Rensmann/Hagemann/Funke: Autoritarismus und Demokratie. 2011.

² Die allgemeine Konzeptionalisierung des Rechtspopulismus anhand des Kriteriums einer wirtschaftspolitischen Grundhaltung – etwa für oder gegen neo-liberale Modernisierungspolitiken und Steuererleichterungen – im Anschluss an Butterwegge (1996) ist hingegen u.E. zum Scheitern verurteilt; zu unterschiedlich sind die politisch-ökonomischen Programmatiken, und zu sehr sind sie selbst innerhalb rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen schon modifiziert worden. Zwar bilden Mittelstandsideologie und sozialdarwinistische Orientierungen wohl einen kleinsten gemeinsamen Nenner, doch ist das Verhältnis von Rechtspopulismus und Neoliberalismus/sozioökonomischer und soziokultureller Modernisierung komplexer Natur und im Folgenden theoretisch auszudeuten, nicht aber eine bestimmte wirtschaftspolitische Grundhaltung notwendig als übergreifendes Merkmal des Rechtspopulismus zu klassifizieren.

³ Aber diese rechtspopulistischen Aufwallungen und ihre Verhärtungen sind auch Resultat der Schwächen dieser Gesellschaften, ihre Demokratien und der Beantwortung zentraler sozialer und kultureller Fragen. In dem Maße, in den der soziale Ausgleich

Diesen Dreischritt finden wir überall in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen. ⁴ Er **endet jeweils in der autoritären Aggression** gegenüber missliebigen und relativ beliebig definierten Feinden: damals den Juden, heute den Migranten und denen, die in der Wettbewerbsgesellschaft nicht mitkommen, wie Langzeitarbeitslose und andere. Inhaltlich-ideologisch ist der Rechtspopulismus zu positionieren in einer fließenden „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus, mit dem er zentrale Motive teilt, und etablierteren Formen des Nationalkonservatismus.⁵

kaum noch formuliert wird und erst recht nicht angegangen wird, sondern das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich sich ausdehnt, ja es zu anomischen Situationen wie in den südlichen Ländern Europas kommt. In dem Maße, in dem das europäische Projekt nicht mehr als eines begriffen wird, in dem auf Probleme angemessen zeitgerecht auch Antworten geliefert werden, in dem Maße ist das Potenzial für mehr oder weniger destruktive rechtspopulistische Bewegungen in der Richterskala inzwischen in Europa nach oben offen.

Während vor fünf Jahren in den Europawahlen noch zwischen fünf und 10 % rechtspopulistische oder weiter rechts stehende Parteien gewählt haben, ist der Durchschnitt diejenigen erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien heute bei mindestens 20 %, jüngst bei den Dänen, zuvor bei den Franzosen, erst recht in Dauer rechtspopulistischen Land Österreich mit fast 30 %.

⁴ Der Begriff des Rechtspopulismus verweist zunächst sachlich auf eine Melange aus politisch „rechter“ Orientierung/Agitation mit einer – stilisierten oder realen – Hinwendung auf den Populus, das Volk, seine Stimmungen und seine ‚Stimme‘ (vox populi). Rechtspopulisten beziehen sich demnach folgerichtig auf überwiegend rechtsautoritäre inhaltliche Vorstellungen und berufen sich zugleich formell-legitimistisch auf die Artikulation und Stärkung eines imaginierten respektive konstruierten übergreifenden ‚Willens‘ des Volkes (volonté générale), der in einer kollektivistischen Auslegung Rousseaus auf eine Identität von Einzel- und Gemeinwohl zielt, wobei letzterem implizit ein höherer Wert zugesprochen wird und die Demokratie eigentlich zur homogenisierten Volksdemokratie als Ethnokratie (Minkenberg 1998) mutiert – diese Mischung aus rechtsautoritärer, ethnozentrischer Ideologie und skizziertem Legitimationsmodus ist allerdings letztlich auch der extremen Rechten zu eigen.⁴ Vor dem Hintergrund der ‚unmittelbaren‘ Anrufung des vergesellschafteten oder vorgeblich ‚objektiven Geistes‘ positionieren sich Rechtspopulisten offenbar zunächst in Opposition zu den etablierten Parteien und den politischen Verfahren wie Strukturen der liberal-demokratischen politischen Systeme im postindustriellen Kapitalismus. Der Begriff indiziert somit nicht nur das vermeintliche ‚Wesen‘ der neuen ‚Anti-Parteien-Parteien‘, sondern zugleich mit ihrer Popularität die teils erdrutschartigen Veränderungen in den etablierten politischen Parteiengefügen Europas, die von rechts „unter Druck“ geraten ist (Decker 2000), was mitunter zu einer „Neuvermessung des politisch-ideologischen Raumes“ (Gessenharter 1998) nötigt.

Entgegen diesen deutlich negativen Konnotationen findet der Terminus in den USA historisch ein sympathischeres Echo, das allerdings auch einem historischen Wandel unterlegen ist. Kazin (1995) und Decker (2000) haben darauf hingewiesen, dass der Populismus in den USA zu den – ursprünglich mehrheitlich positiv bewerteten – Traditionsbeständen des dortigen politischen System respektive der politischen Kultur zählt; er verweist hier ursprünglich auch auf eine Kritik repräsentativer Demokratie und eines demokratischen Elitismus, auf direktere Formen demokratischer Partizipation und den amerikanischen Plebiszitgedanken als Vehikel, sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, ohne das System in Frage zu stellen

⁵ Der Extremismusforscher Patrick Moreau ordnet, im starken Kontrast zu inhaltsleeren Populismus-Bestimmungen, populistische Techniken und Gruppen gemäß ihrem ideologischen Kern und aufgrund ihrer antipluralistischen wie antidemokratischen Orientierungen zunächst nicht unplausibel gleich ganz der extremen Rechten zu (Moreau 2000). Er sieht in allen ihren Formen eine „modernisierte Variante der rechtsradikalen Gedankenwelt“, die das politische System aber nicht notwendig völlig in Frage stellt. Da Moreau aber davon ausgeht, dass Rechtsextremismus per definitionem ein gesellschaftliches Randphänomen darstellt, kommt er nicht umhin, zugleich zu konstatieren, der Populismus biete „buntscheckige ideologische Angebote“ und „heterogene Elemente“, mittels derer er von den ‚etablierten‘ Parteien „vernachlässigte Themen“ wirkungsvoll aufgreife; nur so kann Moreau den Erfolg dieser seiner Definition nach rechtsextremen Organisationen erklären, ohne autoritäre Orientierungen und ethnozentrische ideologische Gehalte als gesellschaftliches Problem zu begreifen, das offenbar vielerorts über den Rand der Gesellschaft hinausweist und rechtspopulistische Wahlentscheidungen wesentlich mitmotiviert.

2.⁶ Stimmungsmache seit über einem Jahr. Pegida und AfD. Gegenseitige Stärkung entfesselter Ressentiments.

Das Besondere des Rechtspopulismus in Deutschland, der Pegida-Bewegung wie nun auch der AfD, ist jedoch, dass in deren Schatten geradezu unvermeidlich die rechtsextreme und die neonazistische rechte sich mit ihrer Gewaltbereitschaft ausbreitet und große Teile der rechtspopulistischen Formationen radikalisiert.

Innerhalb von nur drei Monaten seit dem ersten Auftauchen der rechtspopulistischen Bewegung in Dresden hat sich die Zahl der Gewaltakte gegen Flüchtlingsheime und Flüchtlinge verdoppelt. In keinem anderen Land, in dem der Rechtspopulismus sich ausbreitet, sind wir diesem Gewalt gefährlichen Phänomen auch nur annähernd konfrontiert.

Und es kommt ein unverblümter Rassismus hinzu: Es war zwar nur ein Zufall, dass die Internetseite von Lutz Bachmann, dem Organisator der Pegida-Bewegung, öffentlich wurde. Sie hat mit einem Schlag klargemacht, dass neben, vor und hinter der zunächst plausibel erscheinenden Kritik am Parteiensystem im Denken dieses Organisators ein Rassismus aus der untersten Schublade herrscht. Asylflüchtlinge sind, ob sie aus Nordafrika oder dem Nahen Osten kommen, „Viehzeug“ und „Dreckspack“. Ähnlich Däbritz – dem enge Kontakte zu den **Hooligans** nachgesagt werden -, der gewissermaßen die Demonstranten aufruft, alle Welt abzuwehren, die gesamte Krisenregion aus dem Kopf auszuschalten und für sich zu sein - als ethnische Deutsche.⁷

Im Schatten der vor einem Jahr an die Öffentlichkeit getretenen rechtspopulistischen Bewegung Pegida und ähnlich der auf 8 % bundesweit angestiegenen AfD macht die extreme neonazistische Gewaltrechte mobil wie nie seit den frühen neunziger Jahren. Wo immer Rechtspopulisten auftreten, werden sie von den Gewaltbereiten rechten Mischszenen und Neonazis instrumentalisiert, unterlaufen oder gekapert werden. So in Mecklenburg-Vorpommern, Düsseldorf, Magdeburg oder auch in München.

⁶ Institutstag OSI am 27. 1. 2015 von Hajo Funke

⁷ am Beispiel von Siegfried Däbritz, einem der Mitgründer (sinngemäß): *wir sind gegen IS, PKK, AlKaida und wie sie alle heißen. Wir treten für unser Land und unser Europa ein und gegen die Schluchtenscheißer.*

3. Mit und nach Pegida und AFD: Brauner Gewaltschatten⁸. Destruktive Dynamik auf einer nach oben offenen Richterskala

Die Situation in Deutschland ist deswegen prekärer, als es zu ähnlichen Effekten, zur Stärkung also der Rechtspopulisten kommt und diese aber den Schatten für die Entfesselung nicht nur des Ressentiments, sondern der rassistischen Gewalt durch Neonazis bilden: Wir haben hier die prekäre Situation, dass die Mobilisierung des Mobs durch Rechtspopulisten gleichzeitig die neonazistischen Gewaltkerne mit entfesselt.

Im Schatten von P konnten sich die Neonazis um die NPD und die noch gefährlicheren kleinen Neugründungen der dritte Weg und die Partei die Rechte reaktivieren bzw. neu bilden. Sie betrieben laut ihrem Programm der NPD, nicht nur Asylflüchtlinge, sondern 10-15.000.000 Menschen, die nicht ethnisch rein seien, zurückführen zu wollen. Dies ist ein Programm aus der neonazistischen Ecke und will Gewalt. Nirgends ist das Verhältnis von Ideologie und Gewalt so eng wie in den neonazistischen Parteikreisen und ihrem Kameradschafts- und Hooligan-Umfeld. Ein Jahr nach der Gründung von P ist die Zahl der Gewaltangriffe mit 471 Angriffen auf Flüchtlingsheime schon nach einem dreiviertel Jahr mehr als das Doppelte der Angriffe des letzten Jahres.

Inzwischen führt dies zu Formen eines **neuen Rechtsterrors** der dazu fähigen neonazistischen kleinen Organisationen „Die Rechte“ (so in Bamberg), der „Dritte Weg“ (nicht zuletzt aus dem Umfeld des NSU heraus). Der Mordanschlag auf

⁸ Focus-online, 2.11.2015:

Schlägertrupps, Brandanschläge und Explosion: Am vergangenen Wochenende wurden viele Flüchtlinge in Deutschland Opfer von Gewalt. Die Polizei nahm einen Verdächtigen Mann fest. Mehrere Syrer wurden verletzt.

Bei brutalen Anschlägen auf Asylsuchende sind am Wochenende mehrere Syrer verletzt worden. In Magdeburg und Wismar griffen jeweils größere Gruppen von Unbekannten Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland an - zum Teil mit Baseballschlägern. In Magdeburg wurde von den bis zu 30 Tätern ein 24-Jähriger vorläufig festgenommen, wie **die Polizei** am Sonntag mitteilte. Die drei Opfer, zwei 26 und ein 35 Jahre alter Syrer, erlitten Prellungen und Verletzungen im Gesicht und wurden ambulant im Krankenhaus behandelt.

Im mecklenburgischen Wismar prügeln rund 20 Schläger zwei Syrer krankenhaushausreif. Nach Angaben der Polizei in Rostock standen die beiden Flüchtlinge am Samstagabend vor einer Notunterkunft, als sie angegriffen wurden. Nach Angaben der 31 und 33 Jahre alten Opfer handelte es sich um etwa 20 Angreifer. Diese hätten Kapuzen-Shirts getragen. Die Schläger verschwanden in der Dunkelheit mittlerweile gibt es erste Hinweise auf ihre Identität.

In Jena wurde ein 27-jähriger Syrer am Sonntagmorgen von drei Männern an einer Straßenbahnhaltestelle zusammengeschlagen, wie die Polizei mitteilte. Anschließend seien sie unerkannt geflüchtet. Das Opfer erlitt den Angaben nach leichte Verletzungen, die in der Notaufnahme behandelt wurden.

Bei einem Anschlag auf eine Asylbewerberwohnung in Freital bei **Dresden** wurde ein Mann leicht verletzt. Der 26 Jahre alte Syrer habe Schnittwunden an der Stirn erlitten, als in der Nacht zum Sonntag vor seinem Schlafzimmerfenster eine Sprengladung explodiert sei, teilte die Polizei mit. Ein rechtsextremistischer Hintergrund sei "sehr wahrscheinlich". Sachsens Innenminister Markus Ulbig (**CDU**) verurteilte den "feigen und kaltblütigen Angriff" auf Schutzsuchende aufs Schärfste.

In dem Kernland der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung brachen in der Nacht zu Samstag in zwei möglichen Asylunterkünften Brände aus. Beim Brand mehrerer Wohncontainer in Dippoldiswalde geht die Polizei von Brandstiftung aus, bei dem anderen Fall in einem leerstehenden Hotel in Dresden ist die Ursache unklar. Verletzte gab es nicht.

Auch auf die bewohnte Unterkunft einer dreiköpfigen Flüchtlingsfamilie in Sehnde bei Hannover wurde in der Nacht zum Sonntag ein Brandanschlag verübt. Ein 43-jähriger Mann wurde festgenommen, wie die Polizei mitteilte. Verletzt wurde niemand. Mit Hilfe der Bewohner konnten Passanten das Feuer noch vor Eintreffen der Rettungskräfte löschen. Das Gebäude mit zwei Eingängen dient zwei Familien aus Montenegro als Unterkunft.

Reker ist Resultat einer monatelangen Aufheizung, die bisher latent gehaltene neonazistisch Sozialisierte erneut zu Gewalt greifen lässt. Noch deutlicher ist der Zusammenhang zwischen der Mobilisierung des Mobs durch Rechtspopulisten und die in diesem Ausmaß neue Welle an Gewalt gegen die Schwächsten, die Syrer – so in Wismar, in Magdeburg, in Freital und in Form einer Brandstiftung in Niedersachsen. Verantwortlich für diese Gewaltexzesse ist nicht zuletzt eine Mischszene aus Neonazis, Rockern und Hooligans.

Die Sicherheitsbehörden, ohnehin schlecht aufgestellt und ohne zureichende Konsequenzen aus dem sicherheitspolitischen Skandal Nummer eins, dem Nicht-Aufdecken der NSU Mordserie, sind bisher nicht in der Lage, dem angemessen zu wehren. Der Staatsschutz hat enorme Lücken in der Erfassung der neonazistischen Rocker und Hooligan-Szene, vom Verfassungsschutz weitgehend zu schweigen. Dies bedeutet, dass gegenwärtig der Gewalteskalation oft keine angemessene Grenze gesetzt wird.

4. Die Partei Die Alternative für Deutschland

ist ohne diese Vorfeld Organisation der Pegida Bewegung so nicht vorstellbar. Zu Recht hat einer der AfD-Strategen, **Alexander Gauland** gesagt, dass sie die Bewegung als natürliche Verbündete begreift. Auch hier ganz ähnlich wie bei der P-Bewegung begann AfD im Sinne eines klassischen Rechtspopulismus. Unter der Führung des neoliberalen wohlstandschauvinistischen Bernd Lucke. Sein Ziel war nach der rechtspopulistischen Manier, die Kritik rechts der CDU und gegenüber allen etablierten Parteien zu sammeln, von den etablierten demokratischen Parteien als Altparteien zu sprechen und insbesondere auch den Ressentimentgeleiteten 15-20 % in den Einstellungen der Bevölkerung ein Angebot zu machen.

Als diese auch aus den **verschiedenen neurechten und rechtsextremistischen Formationen immer entschiedener sich in der AfD breit machten**, gab die Partei nach außen an, sie würde systematisch auch durch Befragungen rechtsextreme und Menschen aus den Parteien die Freiheit, pro NRW, pro Deutschland, Republikaner und NPD und andere fernhalten. Dies geschah nicht wirksam! Es war Luckes Ritt auf dem Bodensee: zuzulassen, die Befragungen weitgehend nicht durchzuführen und zu glauben, dass er mit seinem Ansehen diese sich ausweitenden rechten und rechtsextremen Kräfte unter Kontrolle hält. Wie Sie wissen, ist dieser Ritt gescheitert.

Die neue AfD um Gauland, Höcke und Petry hatte diese Abgrenzungsprobleme nicht - im Gegenteil; sie setzte auf dieses weiter rechts stehende Potenzial, das nun erneut den angeblichen Kurs eines Nationalkonservatismus gefährdet und wie ich glaube inzwischen in die Defensive getrieben, wenn nicht schon zerstört hat.

Jedenfalls sprechen die Indizien dafür:

- die Entwicklung der Brandenburger AfD unter Gauland: Gleich mehrere, die auch für die Fraktionsspitze vorgesehen sind, haben einschlägige aktive Erfahrungen und Funktionen in rechtsextremen Gruppen; Gauland selbst hat mit seinem Hinweis, dass er die arabischen Flüchtlinge, also vor allem, die dies am nötigsten haben: die Syrer - zurückschicken wolle, die rassistische Rechte bedient,
- sie hat bundesweit Aktive der kulturrassistischen Freiheit übernommen⁹
- die AfD hat in einer ihrer Demonstrationen in MV einen der klassischen Neonazis an die Spitze des Demonstrationzugs gelassen – ähnlich wie das

⁹ Nach AfD-watch

Frauke Petry, Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete im sächsischen Landtag, bekannt durch ihre Firmen-Insolvenz, plante schon frühzeitig und knüpfte Kontakte. Mitglieder der Freiheit gingen schon vor Gründung des Landesverbandes Sachsen bei ihr ein und aus. Der sächsische Landesverband sollte möglichst geschlossen in die AfD übertreten, überwiegend im Erzgebirgskreis. Zu diesem Zweck traf man sich am 31.08.2013 zu einem "Grillfest", ein Altherren-Club (nahezu alles Ex-StaSi, Ex-SEdler und Ex-Freiheitler) aus Rassisten, Fundamentalisten, Islam-Hassern, Holocaust-Leugnern, Europa- und Demokratie-Gegnern. Folgende Kandidaten der sächsischen Landesliste für die Bundestagswahl der Freiheit traten in die AfD ein:

- **Jens Mehlhorn**, ehemals stv. Bundesvorsitzender der Freiheit und Platz 2 der Landesliste ist heute Mitglied im AfD-Kreisverband Leipzig und war AfD-Kandidat für die Stadtratswahl
- **Uwe Schuffenhauer**, ehemals stv. Landesvorsitzender der Freiheit in Sachsen und Platz 4 der Landesliste ist heute Mitglied im Landesvorstand der AfD Sachsen
- **Ulrich Oehme**, ehemals Schriftführer im Landesvorstand der Freiheit in Sachsen und Platz 8 der Landesliste wurde im November 2013 zum Kreisvorsitzenden der AfD Chemnitz gewählt
- **Steffen Ehrh**, ehemals Beisitzer im Landesvorstand der Freiheit in Sachsen und Platz 10 der Landesliste ging zur AfD Dresden. Doch nicht nur in Sachsen übernahm man fröhlich ehemalige Mitglieder und Funktionäre der kulturrassistischen Partei "Die Freiheit". Einige weitere Beispiele:
- **Jens Eckleben**, ehemals Landesvorsitzender der Freiheit trat im Februar 2013 als Landesbeauftragter der Wahlalternative (WA) in Erscheinung, lud als Landeskoordinator zur Gründung des Hamburger Landesverbandes der AfD ein und ist heute Kandidat für die Bürgerschaftswahl in Hamburg
- **Jan Luchterhand**, ehemals stv. Vorsitzender der Freiheit fand wie Eckleben seinen Platz bei der AfD recht früh
- **Arno Willemer**, ehemaliger Landesschatzmeister der Freiheit ist heute Bezirkskandidat der AfD in Hamburg-Altona
- **Andreas Kuessner**, ehemals im Bundesschiedsgericht der Freiheit, ist heute im Vorstand der AfD Mecklenburg-Vorpommern Landeskoordinator
- **Rainer van Raemdonck**, ehemals Landesvize der Freiheit Brandenburg ist heute Landtagsabgeordneter der AfD in Brandenburg
- **Thomas Jung**, ehemals Brandenburger Landeschef der Freiheit ist heute ebenfalls Landtagsabgeordneter der AfD in Brandenburg
- **Eva Kahlmann**, Mitbegründerin und ehemals Schriftführerin des Kreisverbandes der Freiheit Nordbaden (wegen einer volksverhetzenden Rede auf einem Parteitag bekam sie Probleme mit der Staatsanwaltschaft), Mitbegründerin der PI-News Rhein-Neckar und federführend bei Pax Europa ist heute Mitarbeiterin des AfD-Europaabgeordneten Bernd Kölmel, aktiv im AfD-Kreisverband Rhein-Neckar und betreut die Facebookseite des AfD-Bundesverbandes

Nach Schätzung des Parteichefs der vom Verfassungsschutz beobachteten Partei "Die Freiheit" sind bis August 2013 bereits 350 Mitglieder seiner Partei zur AfD gewechselt und besetzen dort Posten in mehreren Landesvorständen und kandidieren auf Landeslisten.

...ist momentan auch ein Blick auf "Die Freiheit Hamburg" in Bezug auf die kommende Bürgerschaftswahl im Februar 2015. Die Freiheit selber nimmt an der Wahl nicht teil und bewirbt mit ihrem Twitter-Account intensiv die AfD. Die dort geposteten Beiträge verweisen fast ausschließlich auf den Account des AfD-Kandidaten Jens Eckleben, den ehemaligen Landesvorsitzenden. Er sagte Lucke noch: "Extremisten jeder Art haben bei uns keine Chance. Wir werden nicht von rechts unterwandert." Recht hat er, von "unterwandern" kann hier keine Rede sein.

Phänomen einer neonazistisch dominierten Tochterorganisation von Pegida seinerzeit in Schwerin und jüngst erneut – nach dem Brandanschlag - in Boizenburg rechtsextrem dominiert war;

- auch der rheinland-pfälzische Verband scheint nach den Informationen von Thomas Leif von weiter rechts stehenden Kräften, so denen aus der *Partei die Freiheit* unterwandert;
- das Umfeld von Frauke Petry in Sachsen besteht zu beträchtlichen Anteilen aus Personen, die aus dem rechten Spektrum kommen;
- Marcus Pretzell, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), hat jüngst Waffengewalt als Ultima Ratio gegen Flüchtlinge vorgeschlagen.¹⁰

Neurechts inspirierte Rechtsradikalisierung durch Höcke

Besonders markant ist das Auftreten von Björn Höcke aus Thüringen, der für ein Fernsehpublikum seine Fähigkeit, einen Agitator zu spielen, unter Beweis gestellt hat. Ihm ist es wie keinem zweiten Agitator gelungen, zu den so mobilisierten Massen, nicht zuletzt in Erfurt, ein inniges, **ja symbiotisches Interaktionsspiel von Provokation und Radikalisierung gegen den Feind – zu entfesseln** - Das zu tun, was Leo Löwenthal den autoritären Agitator nannte.

Auf einer der AfD-Kundgebungen in der Landeshauptstadt Erfurt kritisierte er die Asylpolitik der Bundesregierung und sagte u.a.: „Liebe Erfurter! Liebe Thüringer! Liebe Deutsche! Wir stehen für Ordnung und Sauberkeit. Wir leben nicht auf Kosten der Gemeinschaft, sondern wir leben für die Gemeinschaft“ ... und: „Thüringer! Deutsche! 3000 Jahre Europa! 1000 Jahre Deutschland! Ich gebe euch nicht her! Und ich weiß: Ihr gebt sie auch nicht her!“ sowie: „Erfurt, liebe Freunde, ist schön! Erfurt ist ... schön ... deutsch! Und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“ Auch bei Günther Jauch sprach Höcke von „3.000 Jahre Europa, 1.000 Jahre Deutschland“, die es zu schützen gilt und von blonden Frauen, die sich vor sexuellen Übergriffen fürchten – „die Angsträume für blonde Frauen werden größer“.

(1)Er hat damit (1) die Vergewaltigungsgefahr blonder Frauen durch dunkle junge Männer, die nichts zu tun hätten, beschworen;

¹⁰ Der umstrittene Europaabgeordnete steht mit dieser Auffassung in seiner rechtspopulistischen Partei nicht allein: Pretzell bekam Rückendeckung von Alexander Gauland, dem Vizechef der Bundespartei. "Ich sehe das ganz genauso", sagte Gauland dem "Handelsblatt". "Unsere Grenzen müssen effizient gesichert werden. Alles andere macht keinen Sinn." Pretzell hatte am Wochenende erklärt: "Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio ist eine Selbstverständlichkeit." Er glaube aber nicht, dass der Waffeneinsatz notwendig sei, weil es eine "ganze Reihe von anderen Möglichkeiten" gebe wie etwa Polizeipräsenz, Wasserwerfer oder Tränengas. Slowenien und Österreich ließen Zehntausende Menschen "unregistriert ins Land hinein", sagte Pretzell. "Man kann das verhindern. Wenn man den ersten Schuss in die Luft abgibt, wird deutlich, dass wir entschlossen sind." Er glaube aber nicht, dass man anfangen müsse zu schießen - "die Menschen sind ja vernunftbegabt".

(2) Er sagt öffentlich, dass der Syrer zwar sein Syrien behält, aber dadurch dass er nach Deutschland kommt, die deutsche offenkundig völkische Identität auslösche. Er sagt: "Erfurt ist ... schön ... deutsch! Und schön deutsch soll Erfurt bleiben!" Einer der mit rassistischen Assoziationen eine tödliche Gefahr für die deutsche Identität beschwört. Er sieht Deutschland in der Dekadenz durch ethnische Vielfalt. (Kemper 75). Für Höcke ist der Islam wesensfremd; der *Massenzug aus einem ganz fernen Kulturraum, der islamische, der archaische Kontext, der belastet uns* und bedrohe unsere Identität. Statt einer MassenZuwanderung will er eine aktive Bevölkerungspolitik; die Familie müsse als die Keimzelle der Nation verstanden werden, weswegen die Geisteskrankheit, die „Dekadenz des Gendermainstreams“ überwunden werden müsse, um so die „Auflösung Deutschlands“ zu beenden (48/49). Er macht dies an seiner vehementen Kritik am Multikulturalismus klar - als einer Kampfvokabel.

(3) Höcke hält die Zuwanderung durch sogenannte Fremde für eine existenzielle Gefährdung Deutschlands, seiner deutschen Identität und ethnischen Homogenität hält. Migranten und Zuwandernde zerstören seine Ansicht nach Deutschlands Gesellschaft, Demokratie, das Volk.

Biologistisch-völkisches Konzept aus extrem-neu-rechter Tradition

(4) Statt eines Staats nach dem Grundgesetz und eines entsprechenden Verfassungspatriotismus plädiert Hacke für einen Volksbegriff, aus der extrem neuen rechten Tradition des Ethnopluralismus, also einer Konzeption, nach der die Kulturen sich nicht vermischen dürfen, sondern ethnisch homogen sein müssen. Er konzipiert ein Deutschland (wie Europa), das organisch gewachsen (also ethnisch homogen) sei; ein Deutschland, dass aufgrund dieses organischen Werdens kein Einwanderungsland sein könne.¹¹ Gegen die „Dekadenz“ der Gleichstellung und der ethnischen Vielfalt setzt Höcke ein völkisches Volkskonzept für eine neue Nation als einem organischen Ganzen in einer organischen Marktwirtschaft, wozu er Anleihen aus der extrem neuen Rechten eines Götz Kubitschek.

(5) Dieses Gesellschafts- und Politik-Konzept einer organischen Nation ist ein fundamentales Gegenkonzept zum Zustand und Selbstverständnis der hiesigen

¹¹ Deutschland sei nicht aufgrund von Willensakten entstanden und könne daher Ausländer nicht integrieren, sondern nur assimilieren. Alles andere sei Machbarkeitswahn und Menschheitbeglückende Fantasie (vergleiche Kemper Seite 75). Eine organisch-ethnisch reinrassige Nation. Er tritt für „wieder mehr gemeinschaftliche orientierte Werte“ ein. Die nationale Identität biete die „wertgebundene Gemeinschaft im Sinne eines gemeinschaftsorientierten Werte-, Sitten- und Normengefüges“. Diese Gemeinschaftsorientierung, basierend auf der Familie, entwickle eine „positive Unterordnungsfähigkeit“ – die Nation als ein organisches Ganze, der eine organische Marktwirtschaft entspreche – eine Vokabel aus dem Programmschatz der NPD und anderer Neonazis wie Thorsten Heises.

liberal verfassten Demokratie. Es ist wie das Gegenkonzept der konservativen Revolution gegen die Weimarer Republik gegen die Berliner Republik gerichtet. Es „erlaubt“ ihm aus einer solchen Perspektive, sowohl gegen die politische Repräsentanz aller „Altparteien“ zu agitieren wie gegen Asylflüchtlinge und die ethnische Vielfalt der Migration insgesamt.¹²

Wenn auch leicht codiert, vertritt Höcke in fundamentaler Weise ein extrem rechtes Gedankengut, das ihm eine grenzenlose Kritik an den Verhältnissen und vor allem an dem Sündenbock des Asyl Flüchtlings bietet. Aus angeblicher ggw Unterdrückung, Selbstzerstörung und 70jähriger neurotischer Dekadenzgeschichte vertritt Höcke einen Staatsumbau im Sinn einer organischen völkischen Nation. Natürlich ist er kein Nationalsozialist im Sinne eines historischen Nationalsozialismus, aber er vertritt eine geschlossene rechtsextreme Weltanschauung, die sich aus dem Programmschatz der extremen neuen Rechten bedient.

Anders als im typischen Rechtspopulismus haben wir mit Höcke, darauf hat schon der liberale abgespaltene Flügel mit seiner Warnung vor dem völkischen Nationalismus des rechten Flügels, auch und gerade um Höcke hingewiesen, ein fundamentales gesellschaftspolitisches Alternativkonzept, den Umbau des Staates im Sinne einer organischen Nation, die mit dem Geist und Charakter des Grundgesetzes, mit dem einer patriotischen Haltung zur Verfassung nicht vereinbar ist. Es richtet sich aller erst gegen die Flüchtlinge, die nach seinem Konzept ethnisch divergent sind, sowie gegen die gegenwärtige politische und parteipolitische Verfassung. Entsprechend umfassend ist die agitatorische Eskalationsfähigkeit, wie sie Höcke in seinen Reden zeigt, unerbittlich, ohne Einschränkung, als ein autoritärer Agitator für ein extrem rechtes Politik- und Gesellschaftskonzept.¹³

¹² Geschockt zeigte sich auch Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. „Wir erleben eine extreme verbale und zuletzt auch tätliche Radikalisierung des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus in unserem Land. Das ist besorgniserregend und alarmierend“, sagte Knobloch dem Handelsblatt. Dabei bezog sich Knobloch auch auf eine islam- und fremdenfeindliche Rede des deutsch-türkischen Autors Akif Pirinçci bei der Jubiläums-Kundgebung der Pegida am Montagabend in Dresden.

Für den Berliner Politikwissenschaftler Gero Neugebauer liegt auf der Hand, dass sich die AfD mit Höcke auf NPD-Kurs befindet. „Die Aussagen in den Reden von Höcke weisen ihn als Vertreter eines völkischen Nationalismus aus, also eindeutig rechtsextremistisch. Damit rückt die AfD im Parteiensystem nach rechts und macht sie zur Konkurrenz der NPD und der sonstigen rechtsextremistischen Kleinstparteien“, sagte Neugebauer dem Handelsblatt. „Das gefährdet ihr bisheriges Profil als durch Wahlen legitimierte rechtspopulistische nationalkonservative Partei.“ (Handelsblatt vom 20.10.15)

¹³ Eine solche dunkle, einen tödlich gefährlichen Feind beschwörende Sprache hat Leo Löwenthal am Beispiel des Judenhasses als Sprache des faschistischen Agitators kenntlich gemacht.

Fazit zur AFD

Die AfD in anderen Worten ist nach der Abspaltung Bernd Luckes und der Chance, nun tatsächlich eine neue Partei rechts der CDU zu etablieren, opportunistisch bereit, sich rechts zu radikalieren und wird längst zu großen Teilen der Partei von Rechtsradikalen dominiert. **Innerhalb einer dramatisch kurzen Zeit hat sich ein geradezu klassischer Versuch, rechtspopulistisch aufzutreten, in Organisation, Personal und Auftreten rechts radikalisiert.** Diese schnelle Rechtsradikalisierung gehört zum spezifischen des Rechtspopulismus und seinem bisherigen Scheitern in Deutschland.

Immer dann, wenn die Rechtspopulisten auf marschierten und sogar aufzutrumphen versucht haben, sind inzwischen gewaltbereite rechtsextreme in oder am Rande der Partei, und insbesondere auf ihren öffentlichen Präsentationen präsent.

Die AfD hat keine innere Richtschnur, mit der sie diese Radikalisierung in Parteipersonal wie in der Agitation noch unter Kontrolle bringen kann. Denn der braune Schatten ist auch im Vergleich zu anderen Ländern wie Österreich oder Frankreich sehr viel breiter, insbesondere im Osten, eben unter jenen, die neonazistisch und gewalttätig sozialisiert in den frühen neunziger Jahren auftrumpften, sich in Gewaltorganisationen befanden wie dem Thüringer Heimatschutz, aus dem letztlich auch die NSU Mord Gruppe entstanden ist. (Vgl. H. Funke: „Staatsaffäre NSU“)

Auch wenn Pegida – wie AfD - bei den Demonstrationen nur in Dresden und zeitweise in Leipzig auf den öffentlichen Konfrontationen die Mehrheit bildeten und anderswo von einer Öffentlichkeit machtvoll Antworten erteilt bekommen haben, haben sie doch mit ihrer beständigen Hetze auf Flüchtlinge und ihre Helfer, erst recht nach der Abspaltung des moderateren Flügels, Klima und Stimmung aufgeheizt und das Klima vergiftet – dies erst recht mit dem Anwachsen der Flüchtlingsströme seit dem Spätsommer diesen Jahres.

Der unverantwortliche Fehlgriff Seehofers: Das Spiel mit dem Rpop in den etablierten Parteien

Dass ein Teil der CSU sich entschlossen hat, beabsichtigt oder nicht, das Spiel der AfD zu spielen, gehört zu den immensen Schwächen und Versuchungen einer Partei, die rechtspopulistisch bei Gelegenheit agieren will, aber zugleich Regierungsfraktion ist. Dies hat innerhalb weniger Wochen die AfD in Bayern

salonfähig gemacht. Seehofer spricht nicht nur vom Asylmissbrauch, sondern hat in entscheidender Zeit denjenigen eingeladen, der für einen rechtspopulistischen National-Egoismus und eine gegenüber Europa unverantwortliche Flüchtlingsabwehr steht, den Rechtspopulisten und Antisemitismus beschönigenden ungarischen Ministerpräsidenten Orban. Es ist ein im Grunde kaum kittbarer Vertrauensbruch.

5. Was tun?

(1) Herausforderung ans pol Krisenmanagement in der Flüchtlingsfrage

Es liegt nahe, dass die Umfrageerfolge der radikalisierten AfD in diesen Wochen und Monaten auch das Resultat der Konflikte und der Schwächen auf Regierungsebene, wie man mit den Flüchtlingen umgeht, ist.

Angst ernstnehmen und abbauen

Dahinter liegt allerdings die erhebliche Sorge, ob die Bundesrepublik einen vernünftigen Umgang mit der in den Ausmaßen nicht bekannten Herausforderung durch die Asylflüchtlinge schafft oder nicht.¹⁴ Für jede Demokratie ist es wichtig, die Ängste der Menschen anzusprechen – auch gerade soziale und Formen desr Verbitterung und Entfremdung von der Politik - und Antworten zu finden, ohne Angst zu machen, also gerade nicht mit der Angst Politik zu machen, sondern verstehbare Ängste – eine **Art Angst I** - aufzugreifen und in rationale Politik umzuwandeln (durch die Sicherung von Kindergartenbesuche, vernünftiger Schule und dergleichen).

Demgegenüber gilt es, umgekehrt **die fremdenfeindliche Aufladung von Ängsten – eine Angst II - , die dann zu den großen Erfolgen von Pegida**

¹⁴ Natürlich gilt die Kritik auch der Bundesregierung. Der Bürgerkrieg in Syrien existiert seit knapp fünf Jahren. Spätestens seit 2013 haben Experten (swp) die Radikalisierung durch IS prognostiziert. Im außenpolitischen aber hat sich die Bundesregierung kaum bewegt, um ihren Anteil an der Eindämmung der sich ausdehnenden Bürgerkriege zu versuchen. Die Lage in den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien war so dramatisch, dass der Minister für Zusammenarbeit schon seit längerem gefordert hat, mehr zur Entlastung etwa zur Verbesserung der Wasserversorgung in Flüchtlingslagern zu tun. Er war stolz, im Internet berichten zu können, dass er eineinhalb Millionen Euro dafür zur Verfügung gestellt hat – als Maßnahme zur Bekämpfung der Flüchtlingsursachen ... Von strategischer Planung war also wenig zu sehen.

Dann kam die Eskalation in und um Ungarn. Angesichts der Politik Ungarns mit ihrer Antisemitismus duldenden Haltung und einer schroffen Ablehnung und Einschüchterung der Flüchtlinge war es schwer kalkulierbar, ob es zu einer Eskalation, die außer Kontrolle gerät, kommen würde. In dieser Situation gab es Signale aus der Bundesebene, den Flüchtlingsstrom flexibel zu halten. Womöglich auch, um eine blutige Eskalation zu vermeiden. Dies entlastete das Bild Deutschlands in Europa und der Welt. Aber es war ein Signal für noch mehr Flüchtlinge. Die Politik seither ist darauf bedacht, dieses Signal nicht zu zerstören, zugleich aber Schritte der Eindämmung vorzunehmen.

So klar es ist, die strategische Hinnahme der Lage in den Krisengebieten zu kritisieren, so schwer fällt es, das Krisenmanagement der letzten drei Monate zu verurteilen. Es sei denn, man geht auf Angst zwei und mobilisiert wie die Rechtspopulisten gegen die Flüchtlinge, wie das teilweise in der CSU Leitung geschehen ist. Und treibt damit einen Teil der Bevölkerung in die Arme der sich selber rechtsradikalisierenden Rechtspopulisten.

geführt hat, schon Ende des letzten Jahres, strikt ohne rechtspopulistischen Opportunismus abzuweisen.

Besseres Management und Ursachenbekämpfung

Da es inzwischen zu einer vor allem agitatorischen **Überblendung** der Ängste im sozialen und politischen und ihrer Aufladung in ethnozentrische oder rassistische Abwehr von Flüchtlingen bei Teilen der Bevölkerung gekommen ist – gleichsam der Erfolg der Rechtspopulisten und eines partiellen Rechtspopulismus in der CSU – sind die Bemühungen von Kommunen, Ländern und Bund entscheidend, dass man es schafft, ohne den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden.

Die Politik muss entschieden anders mit der Ursachenbekämpfung vorgehen. In den Flüchtlingslagern des Libanon, Jordaniens, der Türkei und dem Irak leben mehr als 5 Millionen Flüchtlinge unter schwierigsten Umständen, da die Gelder von UNHCR ausgehen. Da braucht es gewiss mindestens 5 Milliarden € jährlich, um deren Lage überhaupt zu stabilisieren und menschenwürdig zu machen. Diese Ausgaben wären ein Bruchteil dessen, was man pro Flüchtling in Deutschland einsetzen müsste. Es ist daher rational, sich in der Weltgemeinschaft auf diese Stabilisierung der Flüchtlingslager zu konzentrieren.

Zum anderen sollte sich gerade auch die deutsche Politik darauf richten, endlich den Druck gegenüber den Großmächten Russland und den Vereinigten Staaten zu machen, sich nicht weiter zu „zieren“, sondern einen Kompromiss durchzusetzen, der diesen Namen verdient: die Einstellung der Kämpfe, den Entzug der Waffen und einen Waffenstillstand. Auch dazu kann gerade die Bundesregierung mehr als bisher tun, auch wenn die Anstrengungen des deutschen Außenministers beispielhaft sind.

Großartige Flüchtlingshilfe vor Ort durch die Mehrheit der Bevölkerung, auch in Rheinland-Pfalz

Es ist schon jetzt eine ungeheure Leistung der 100 tausenden, die helfen, der Kommunen und der Einstellungen großer Mehrheiten der Bevölkerung, auch und gerade übrigens in Rheinland-Pfalz, die sich auf die Seite der bedrohten Bürgerkriegsflüchtlinge immer wieder gestellt haben und noch stellen.¹⁵

¹⁵ Dieser Bereitschaft auch in der Praxis entsprach in vielem nicht das Handeln der Politik, (a) vor allem nicht des Bundesministeriums des Inneren und ihrer politischen Verantwortung für das RegistrierungsSystem, das altmodisch auf Einzelkontrolle abonniert war und eine prekäre Kultur misstrauischer Einzelfallprüfung geprägt hat. Sehr, sehr spät versucht - auch durch den Einsatz von Peter Altmaier - die Bundesebene das zu korrigieren.
(b) Sehr, sehr spät wurden entsprechende Mittel flüssig gemacht, und auch dies - nach der Bekundung der hierfür entscheiden Kommunen - nicht zureichend. Den Bekundungen, dass man es schaffe, entsprach kein operativer politischer Wille, jedenfalls war er nicht zureichend.

Best-Practices in den Kommunen

Es gibt inzwischen eine Kette an positiven Beispielen, an **Best-Practices**, die es gilt in Schnell-Lernprozessen zu übertragen: da ist in Mainz die Bereitschaft von deutschen wie ausländischen Studenten der Gutenberg Universität, ein breites Angebot an Sprachmittlern vorzuhalten; die Aufnahmeeinrichtung in Osnabrück mit oder ohne Till Schweiger; das beherzte Auftreten des Innenministers des Saarlands, Bouillon; die oft geradezu präventive Bearbeitung der Probleme durch den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung von Oranienburg. Gelingt es so gut, wie in der Gestaltung der Integrationskurse durch die Volkshochschule Mitte, so ist dies ein Vorbild für den gesamten administrativen Prozess.¹⁶

Letztlich entscheidet sich die Frage, ob die Herausforderung durch die Flüchtlingskrise auch und gerade in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung gelingt, auf der Ebene der Kommune.

(2) Klare Kante. Der Rechtsstaat ist stärker herausgefordert als in frühen neunziger Jahren: vor allem Polizei, Staatsschutz und Justiz

Seit dem Attentat ist der Öffentlichkeit, vor allem aber auch der Politik und den Sicherheitsbehörden klar geworden, dass es vor Ort, also in den Kommunen wie auf Landes- und Bundesebene kompromissloses entschiedenes Handeln der Sicherheitsbehörden geben muss, um der Gefahr weiterer Hetze und Gewalt zu wehren.

Diese Herausforderung meint mehr, als nach den bisherigen Appellen wachsam zu sein. Jedes Handeln der Polizei und der zuständigen muss daraufhin überprüft werden, entscheidende Erfolge in der Identifizierung der organisatorischen Kerne der Gewalteskalation und in der realen Eindämmung solcher Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Helfer zu erzielen. Diese Herausforderung sind die Sicherheitsbehörden in den frühen neunziger Jahren vielfach in verschiedenen Ländern nur sehr unterschiedlich, wenn überhaupt nachgekommen. Damit ist eine Herausforderung formuliert, die es so seit langem nicht gab.

©Hinzu kommt, dass tatsächlich eine bisher in seinen Ausmaßen nicht kontrollierbare Wanderungswelle Deutschland erreicht. Und zunehmend die Ressourcen zu erschöpfen beginnt. Dies macht die hektischen außen- und europapolitischen Bemühungen der Kanzlerin, zu vertretbarer Sicherung der Außengrenzen zu kommen - so im Besuch in der Türkei - und die ebenfalls hektischen und nicht erfolgreichen Bemühungen, zu einem europäischen Ausgleich zu kommen, erklärbar. Aber: sehr, wenn nicht zu spät und in der Regel zu wenig.

¹⁶ Hier hat eine kluge Leitung ein für die Bedürfnisse differenziertes Vorgehen für Integrationskurse in Deutsch durchgesetzt, die Anzahl der Planer der Integration Kurse verdreifacht, 180 Lehrer eingesetzt, die mit mehreren 1000 Flüchtlingen gegenwärtig arbeiten; inzwischen ist Geld für mehr – und es hängt im wesentlichen nur noch an der Akkreditierung von Räumen.

(3) Kompromisslose Konfrontation von Eliten und Öffentlichkeit gegen rechtsextreme Gewalt und die rechtspopulistische Entfesselung des Ressentiments.

Die demokratischen politischen Parteien sollten zwischen der Angst eins und Angst zwei strikt unterscheiden und die fremdenfeindlich radikalisierte Angst, Hetze und Mobilisierung von Mobinstinkten kompromisslos abweisen – so wie dies vielfach der Justizminister des Bundes in den letzten Wochen getan hat. Einbrüche in dieser Haltung sind auch wenn nur partiell Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten gleichermaßen, dies gerade in der gegenwärtigen Krisensituation.

Die Stärke der demokratischen Kräfte – Ohne Hysterie

Wird das Krisenmanagement weiter optimiert, bestehen gute Chancen zusammen mit einer gut eingestellten Kommunen, den Ländern und der Zivilgesellschaft, die vorhandene Verunsicherung abzubauen, den fremdenfeindlichen und antimuslimischen Agitatoren den Nährboden zu entziehen und gegenüber den Aufheizern und Gerüchtemachern entschiedener als bisher Paroli zu bieten.

Die gegenwärtige Gewaltwelle erinnert durchaus an die frühen Neunzigerjahre. Aber Gesellschaft - sowohl Zivilgesellschaft wie große Bereiche der Wirtschaft - , Politik und Staat sind vergleichsweise weit demokratischer; Mehrheiten in der Bevölkerung treten für Bürgerkriegsflüchtlinge ein; der Konsens der demokratischen Parteien ist weiter entwickelt als in den neunziger Jahren; Rechtspopulisten und Gewaltbereite haben eben nicht die Mitte der Gesellschaft erreicht, sondern bleiben ein Randphänomen: zwischen fünf und 10 %, die in den Herbstmonaten der Krise für die AFD eintreten; einige 1000, immerhin, die zu den gewaltbereiten Rechtsextremen und Neonazis zählen. Politik und Gesellschaft sind unendlich viel kräftiger und demokratischer als vor einem Vierteljahrhundert, der Herausforderung dieser Flüchtlings-Krise ohne Panik und vor allem ohne Hysterie Herr zu werden.

Interview mit Prof. Dr. Gerd Mielke (Universität Mainz)

AfD könnte Regierungs- und Koalitionsstrukturen hervorbringen, „die die Unzufriedenheit der Bürger noch steigern.“

Welche wesentlichen Trends sehen Sie in der jüngsten Entwicklung der AfD?

Es ist wichtig für das Verständnis der politischen Entwicklung der AfD, aber auch der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik, die strategische Bedeutung des Essener Parteitag mit seiner Abspaltung des Lucke-Flügels zu unterstreichen. Vor dem Essener Parteitag war die AfD eine potentiell „gefährlichere“ Herausforderin der etablierten Parteien, eben weil sie nicht nur das rechte „Schmuddel- und Pack-Lager“ à la REPs und DVU repräsentierte. Stattdessen waren Lucke, der Professor, Adam, der FAZ-Mann, Henkel, der Unternehmer-Funktionär, Gauland, der Ex-Staatskanzleichef unter Wallmann, Petry, die Studienstiftlerin und Naturwissenschaftlerin, eine recht breite Gruppe aus Repräsentanten verschiedener, durchaus seriöser Felder.

Nach Essen hat sich das auf die rechte Szene im engeren Sinne „verdünnt“, wenn auch diese rechte Szene jetzt unter den Bedingungen der Flüchtlingszuwanderung schnell recht große Zustimmung in Bereichen der Wählerschaft erreichen kann. Jetzt, nach Essen, dominiert der stark rechtsaffine Bereich, und die Übergänge und die Radikalisierung in die unmittelbar rechte Szene hinein werden immer stärker und sichtbarer.

Es ist eine ironische Pointe, dass diese Entwicklung maßgeblich durch die Erfolge bei den ostdeutschen Landtagswahlen befördert wurde, weil eben im Osten die Rechten und Fremdenfeindlichen so stark sind. Ein hypothetischer Erfolg bei Landtagswahlen im Westen hätte – so meine Vermutung – nicht zur AfD-Spaltung geführt.

Welche zentralen Erkenntnisse bestimmen ihre Sicht auf das „Pegida-Phänomen“?

Pegida ist eine typisch ostdeutsche Mixtur aus autoritär geprägten Gruppen mit einer völkisch-nationalen Orientierung und einem tief sitzenden anti-libertären Misstrauen. Natürlich gibt es entsprechende Gruppen auch im Westen, aber hier sind sie kulturell eher marginalisiert, was auch nach über einem halben Jahrhundert Abstand von der autoritären Phase deutscher Staatlichkeit nicht überrascht. Dieser klar ostdeutsche Schwerpunkt wird jedoch immer aus Gründen der gesamtdeutschen Correctness unterschlagen: Pegida ist „Pack“, aber im wesentlichen ostdeutsches „Pack“.

AfD und Pegida: wo sehen Sie gemeinsame Schnittmengen, wo Trennungslinien? Kann man bei der AfD von einer „Pegida-Partei“ oder einer „Vorfeldorganisation“ sprechen?

.Die AfD wird nach Essen immer deutlicher an Pegida herangesogen, so dass sich die vorherigen Verhältnisse allmählich verkehren. Vorher war Pegida eine von prinzipiell mehreren rechten und konservativen Subkulturen, die von der AfD vertreten werden konnten. Jetzt wird die AfD immer stärker in der Tat zu einer Art politischer Vorfeldorganisation oder Speerspitze der Pegida-Subkultur mit ihren rechten Milieu- und Szene-Fragmenten.

Ein führender Gewerkschaftsvorsitzender sagte kürzlich in einer internen Runde: „in fünf Jahren werden wir eine rechtspopulistische Partei mit 20% Stimmenanteil haben.“ Ist diese Einschätzung aus ihrer Sicht realistisch oder überzogen?

Grundsätzlich zeigen die Studien etwa der Heitmeyer-Gruppe in Bielefeld, dass ein durchaus großes Potential für eine rechtspopulistische Partei vorhanden ist. Entscheidend wird aber sein, ob sich auf der Angebotsseite eine leicht zu diskriminierende „schmuddelige“ Rechtspartei befindet oder die AfD „vor Essen“. Eine Prognose über die nächsten zwei Jahre hinaus scheint mir schwierig, aber es kann sicher gesagt werden, dass jetzt gute Randbedingungen für die Etablierung einer tendenziell rechten zusätzlichen Partei bestehen. Ich sehe aber die Chancen für die jetzige Pegida-AfD lang- und mittelfristig nicht so gut (siehe oben); sie ist zu sehr eine „Pack-Partei“ und zu wenig bürgerlich und von „Honoratioren“ geprägt. Das schließt jedoch nicht aus, dass sie enorme politische Nebeneffekte bewirkt, etwa bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden Württemberg..

Mit welcher Strategie kann dem wachsenden Rechtspopulismus effektiv begegnet werden?

Um eine strategische Antwort auf den Rechtspopulismus zu formulieren, muss man sich zunächst um eine angemessene Ursachenforschung bemühen. Hier muss ich mich kurz halten, aber will auf folgende Grund-These hinaus. Alle Forschung zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geht von einer grundsätzlichen Ursachenkonstellation aus: Latente rechtsextreme und anti-demokratische Einstellungen schlagen unter bestimmten Stress-Lagen in entsprechendes Verhalten um. Jetzt können diese latenten Einstellungen auf verschiedene Faktoren zurückgehen – Persönlichkeitsfaktoren etwa bei Adornos autoritärer Persönlichkeit, Deprivation etwa bei Gurr und so weiter. Entscheidend ist jedes Mal, dass eine Erhöhung des Stresses im alltäglichen Kontext zum Anwachsen rechtsextremer oder rechtspopulistischer Strömungen führt. Das zeigt eben die schon erwähnte Heitmeyer-Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die ebenfalls bei wachsendem Anstieg von Arbeitslosigkeit etc. zunimmt. Aus dieser Sichtweise erscheinen Stress-Milderungen im wohlfahrtsstaatlichen Sinne mittelfristig die beste Strategie. Sozialer Wohnungsbau, bessere Pflegeeinrichtungen und -möglichkeiten, Ausbau der städtischen Jugend- und Sozialdienste wären Maßnahmen, die allen tendenziell in Stress und Panik geratenden Schichten zugute kämen und langfristig die „Panik im Mittelstand und in der Unterschicht“ abbauen würden. Der schon von uns diskutierte Solidarbeitrag der Wirtschaft und eine gut begründete Reichensteuer, mit der man den zurückgebauten Staat wieder aufpeppen könnte, wären zweifellos sinnvoll und auch mittelfristig wirksam.

Welche Auswirkungen hätte aus ihrer Sicht eine parlamentarische Verankerung der AfD im Bundestag und nach den Landtagswahlen im Südwesten?

Die AfD könnte in den Parlamenten eine fatale Rolle dadurch spielen, dass sie **Koalitions- und Regierungsstrukturen hervorbringt, die die Unzufriedenheit der Bürger noch steigern**, z. B. die Fortsetzung von Großen Koalitionen, die Abwahl von rot-grünen Koalitionen oder die Stärkung rechter Flügel in den verschiedenen Parteien. Selbst als rechter Akteur wird sie nicht viel zustande bringen.

Interview: Thomas Leif

Prof. Dr. Gerd Mielke lehrt Politikwissenschaft an der Universität Mainz. Er ist Spezialist in den Feldern Wahlforschung und Parteienentwicklung.

FES-Fachkonferenz „Rechtspopulismus“ 9.11.15

Christian Nürnberger:

„Pegida ist das Produkt politischer Langzeitfehler.“

Welche wesentlichen Trends sehen Sie in der jüngsten Entwicklung der AfD?

Die infolge der Flüchtlingskrise berechtigten, geschürten und unberechtigten Ängste werden so schnell nicht verschwinden. Der Zustrom der Flüchtlinge generiert Zustrom für die AfD. Das geht zu Lasten der CDU und besonders der CSU. Die werden daher versuchen, verlorene Wähler zurückzuholen, und das heißt: Zumindest die Rhetorik beider Parteien wird nach rechts rücken. Das bedeutet: Das Schüren von Ängsten wird so schnell nicht aufhören, und so lange das nicht aufhört, wird der AfD ein Stimmenpolster von fünf bis zehn Prozent sicher sein. Der Alarmismus der „Grenzschrützer“ in den C-Parteien und in der FAZ ist also contraproduktiv.

Welche zentralen Erkenntnisse bestimmen ihre Sicht auf das „Pegida-Phänomen“?

Pegida ist das Produkt politischer Langzeitfehler. Statt auf Bildung, auch politische Bildung und Charakterbildung, lag der Fokus aller Bildungspolitikern –bürokraten und –wissenschaftler während der letzten 25 Jahre auf Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig wurde massiv gespart in der Jugend- und Sozialarbeit. Die deutsche Einheit produzierte nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer, und diese Verliererproduktion wurde zusätzlich befeuert durch die Globalisierung. Das Ergebnis ist Pegida: ungebildete, schlecht informierte, frustrierte, aus dem Wettbewerbskarussell hinaus katapultierte Verlierer schreien jetzt ihren Hass auf das Schweinesystem hinaus und suchen sich einen Sündenbock: die Flüchtlinge, die Muslime, die Migranten, die Fremden.

AfD und Pegida: wo sehen Sie gemeinsame Schnittmengen, wo Trennungslinien?

Es gibt keine echten Trennungslinien, sondern nur künstliche. Die werden von den führenden Köpfen der AfD gezogen, wenn sie sich von bestimmten Auswüchsen wie Pirinicis KZ-Geschrei oder Höckes Versuchen, Reichsparteitagsstimmung zu erzeugen, öffentlich distanzieren. Heimlich aber freut sich das Führungspersonal in der AfD über diese nützlichen Idioten, weil sie auch den radikalsten Nazi ins Netz der AfD holen und ihnen zugleich die Gelegenheit bieten, sich im Fernsehen durch Distanzierung einen seriösen Anstrich zu geben.

Kann man bei der AfD von einer „Pegida-Partei“ oder einer „Vorfeldorganisation“ sprechen?

Ja. Die AfD entwickelt sich jetzt zum parlamentarischen Arm des Mobs auf der Straße.

Ein führender Gewerkschafter sagte kürzlich: „in fünf Jahren werden wir eine rechtspopulistische Partei mit 20% Stimmenanteil haben.“ Ist diese Einschätzung aus ihrer Sicht realistisch oder überzogen?

Das hängt davon ab, wie die etablierten Parteien und die Medien auf den Pegida-Irrsinn reagieren. Zeigen sie Haltung, wie die Kanzlerin, und halten sie das länger durch, auch vor Wahlen und auch noch nach Wahlniederlagen, und setzen sie der Wutbürger-Hysterie und der Verunsicherung des Ja-aber-Bürgers Argumente und Fakten entgegen, wird die AfD so schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen ist, vorausgesetzt, dass auch die Medien Haltung zeigen, statt opportunistisch auf Quote zu setzen und ständig rechte Krawallschachteln in die Talkshows zu bitten.

Sollte der Staat stärker repressiv gegen Rechtspopulisten und ihr Umfeld (vgl. die Zunahme von Straftaten und Attacken auf Flüchtlinge u.a. - laut BKA-Analyse) agieren?

Ja, das sollte er tun. Als während der siebziger Jahre die linke Gewalt auf den Straßen zunahm und in den RAF-Terror mündete, gab es einen Radikalen-Erlass. Wer nicht die Gewähr bot, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen, wurde aus dem Staatsdienst entfernt oder gar nicht erst hineingelassen. Dieser Erlass wurde damals von Linken und auch von Linksliberalen erbittert bekämpft, aber heute, da wir wissen, dass zahlreiche linke Aufrührer aus Moskau und Ostberlin finanziert wurden, zeigt sich, dass diese Maßnahme richtig war. Heute habe ich manchmal den Verdacht, dass es diesmal die Pegida-Leute sind, die aus Moskau finanziert werden. Madame Le Pen hat sich ja bereits ganz offiziell einen 40-Millionen-Kredit in Moskau abgeholt.

Selbstverständlich muss künftig auch die Polizei schneller und härter durchgreifen und die Justiz schneller und eindeutiger urteilen. Dazu wäre auch erforderlich, dass Verfassungsschützer und Teile der Polizei und Justiz besonders in Ostdeutschland ihre Augenklappe vom rechten Auge entfernen. Und es muss auch mehr Personal eingestellt werden.

Welche Bedeutung messen Sie in diesem Zusammenhang der operativen Beobachtung und Analyse durch den Verfassungsschutz bei? (vgl. Sachsen-Anhalt, NRW, Thüringen)

Eine große. Genau dazu, die Verfassung zu schützen, sind die Verfassungsschützer ja da. Allerdings zeigt der NSU-Prozess, dass dieses Staatsorgan erst einmal reformiert und in Ordnung gebracht werden müsste. Dass jetzt so viele Flüchtlingsheime brennen, ist auch auf ein Versagen der Verfassungsschützer zurückzuführen.

Welche Reaktion der Zivilgesellschaft auf den zunehmenden Rechts-Populismus ist aus ihrer Sicht am wirksamsten?

Die Antwort steckt im Wort *Zivilgesellschaft*. Diese, die Zivilgesellschaft, sollte sich jetzt schnellstens bewusst werden, dass es eine neue Front gibt, die sich durch ganz Europa und auch durch die restliche Welt zieht: Hier die aufgeklärte, tolerante,

multikulturelle, komplizierte Hightech- und Zivilgesellschaft, dort die Gesellschaft der Homophoben, Xenophoben, Islamophoben, Antisemiten und Nationalisten, die neue Bündnisse mit religiösen Rechten, Fundamentalisten und Orthodoxen eingehen und autoritäre Politiker wie Putin, Orban und Erdogan verehren. Wenn der Zivilgesellschaft diese neue Frontstellung bewusst wäre, könnte sie sich besser wehren gegen die Feinde der Zivilgesellschaft. Gegenwärtig neigt diese Zivilgesellschaft zu einer zu großen Toleranz und auch Gleichgültigkeit gegenüber der Intoleranz.

Welche Auswirkungen hätte aus ihrer Sicht eine parlamentarische Verankerung der AfD im Bundestag und (weiteren) Landtagen?

Es würde die AfD zunächst stärken und stabilisieren. Sie bekämen Staatsknete in hohen Summen, mit denen sich eine schlagkräftige Organisation aufbauen ließe. Und sie kämen irgendwann als Koalitionspartner für die CDU und CSU in Frage. Trotzdem bleibe ich gelassen, denn erstens trüge eine parlamentarische Verankerung der AfD – wie schon bei der Linken und den Grünen – zu ihrer Entzauberung bei. Zweitens hatten wir schon öfter Gastspiele der NPD und der Republikaner in Parlamenten gesehen, die stets damit endeten, dass sich diese Parteien selbst zerlegten, weil ihr Führungspersonal vor lauter Machtgier, Geldgier, charakterlichen Mängeln, Fehlen jeglicher Kompetenz und Mangel an Bildung so mit sich selbst beschäftigt war, dass sie zur eigentlichen parlamentarischen Mehrheit gar nicht gekommen sind. Wenn Politik, Wirtschaft, Medien und die Zivilgesellschaft jetzt einen kühlen Kopf bewahren und den Kampf offensiv führen, wird auch die AfD zu einer Fußnote der Geschichte der Bundesrepublik werden.

Fragen: Thomas Leif

Christian Nürnberger, Mainz, arbeitet als Publizist. Auf kress.de hatte er sich kritisch mit den Talk-Shows zum Thema „Flüchtlinge“ beschäftigt.

Interview mit Prof. Dr. Hajo Funke (Berlin)

Pegida und AfD: „natürliche Verbündete.“

Wohin steuert die AfD, die bundesweit derzeit ein Wählerpotential von sieben bis acht Prozent erreicht? Im Osten ist sie zweistellig.

Die demoskopische Daten zeigen gravierende Unterschiede in der Attraktion der AfD. Mit Sachsen bei 13 % oder mehr, Thüringen bei 12 % oder mehr; Sachsen Anhalt bei gegenwärtig (September 15) 5 % (plus NPD 3 %); Demgegenüber ist gegenüber der Wahlentscheidung nach Forsa vom September in Brandenburg nur 7 % zu verzeichnen, ein Minus von 5 % gegenüber der Wahlentscheidung.

sodann im Westen in Baden-Württemberg bei 8 %, Bayern bei 5 % oder nach anderen Umfragen auch acht oder 7 %. Der interne Richtungsstreit, der zugunsten eines radikaleren Flügels entschieden worden ist, hat zu einer Delle im Wähler Zuspruch geführt, jedoch im Osten offenkundig kaum. Das Ost-West-Gefälle hat tiefere Ursachen, die in dem geringeren Grad einer Internalisierung von Demokratie und Toleranz zu tun haben, in Sachsen zusätzlich damit, dass viele Wähler auch jene, die besonders vom politischen und sozialen Prozess enttäuscht sind, keine Alternative im etablierten Parteiensystem erfahren haben – dies ist in allen anderen ostdeutschen Ländern anders, allerdings in Thüringen erst seit einem Jahr.

Interessant ist, dass diejenigen, die in der Lage sind, ihre Zuhörer in radikale Stimmung zu versetzen, auch auf besonderen Zuspruch verweisen können: so Björn Höcke in Thüringen

Welche zentralen Erkenntnisse bestimmen ihre Sicht auf das „Pegida-Phänomen“?

Pegida ist eine klassische rechtspopulistische Bewegung, seit Oktober 2014, in deren Schatten sich die Neonazis reaktivieren konnten und die Zahl der Gewaltakte innerhalb von drei Monaten auf das Doppelte hochgeschneit war - erst recht im bisherigen 2015

Ein führender Gewerkschafter sagte kürzlich: „in fünf Jahren werden wir eine rechtspopulistische Partei mit 20% Stimmenanteil haben.“ Ist diese Einschätzung aus ihrer Sicht realistisch oder überzogen?

Ich beteilige mich nicht an dieser Art Spekulationen. Eine solche Vermutung ist fahrlässig. Dies hängt von Politik, Ökonomie und Auftreten der verschiedenen Bewegungs- und Parteiakteure ab.

Mit welcher Strategie kann dem (wachsenden)Rechtspopulismus effektiv begegnet werden?

Durch drei Dinge: ein besseres Krisenmanagement in der Flüchtlings-Herausforderung - sowohl auf Bundes wie auf Landes und kommunaler Ebene. Und ein Abschmelzen der Zahl der Flüchtlinge auf Dauer durch Bundes-, Europa- und Friedenspolitik.

(Zweitens) durch ein vernünftiges Ansprechen und Bearbeiten sozialer, oft diffuser Ängste und Verunsicherungen, diesseits jeder fremdenfeindlichen Aufladung.

(drittens) kein Nachgeben im Sinne eines rechtspopulistischen Opportunismus, wie wir es mit der Einladung Orbán nach Bayern erleben mussten: dies wird als Schwächung der

etablierten Parteien und der Regierung begriffen und kommt wie man in Bayern sehen konnte der AFD und nicht der CSU zugute
(viertens) durch klare Kante der Sicherheitsbehörden, siehe sieben

Sollte der Staat stärker repressiv gegen Rechtspopulisten und ihr Umfeld (vgl. die Zunahme von Straftaten und Attacken auf Flüchtlinge u.a.) agieren?

Bei beiden ist in der Regel Luft nach oben. Siehe das Versagen der Polizei in Köln vor einem Jahr in Sachen HOGESA, siehe das Fanal von Heidenau für die Bereitschaft zur Gewalt

Welche Bedeutung messen Sie in diesem Zusammenhang der operativen Beobachtung und Analyse durch den Verfassungsschutz bei?

Jedes begründete Inkriminieren des Ressentiment-Charakter von Bewegung und Partei ist für die Verantwortlichen vor Ort und für die Bevölkerung wichtig. Es macht auf die Gefahren aufmerksam. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob die Verfassungsschutzbehörden dazu gut aufgestellt sind. Der sächsische ist es offenkundig nicht

Welche Reaktion der Zivilgesellschaft auf den zunehmenden Rechts-Populismus ist aus ihrer Sicht am wirksamsten?

Öffentlich Zivilcouragiert gegen Ressentiments und ihre Aufladung eintreten. Je vernetzter, desto wirksamer und zugleich durch konkrete Praxis mit Flüchtlingen, aber ebenso mit den Bewohnern im Stadtteil, in der Kommune sozial sensible und kommunikativ freundliche Politik die realen Verunsicherungen wahrnehmen und abzubauen versuchen

Welche Auswirkungen hätte aus ihrer Sicht eine parlamentarische Verankerung der AfD im Bundestag und (weiteren) Landtagen?

Wir haben die Verankerung der Partei in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, ebenso noch in der alten Form in Hamburg und Bremen. Sie werden von den anderen Parteien, bis auf die Ausnahme der CDU in Sachsen, wo es teilweise anders ist, isoliert. Bisher gibt es keine Optionen der etablierten demokratischen Parteien, die AfD für ihre Machtzwecke einzusetzen bzw. zu instrumentalisieren. Wäre das so, wäre dies ein Dammbbruch.

Auf der Ebene des Bundestages würde es bedeuten, dass sich die Optionen der gegenwärtig im Bundestag befindlichen Parteien für Koalitionsbildungen einschränken: gleichwohl bleibt die Optionen bleiben die Optionen: Große Koalition; vermutlich auch schwarz-grüne; vermutlich auch schwarz grünelbe; vermutlich weniger rot rot-grüne.

Fragen: Thomas Leif

Prof. Dr. Hajo Funke (Berlin) ist einer der führenden Politikwissenschaftler im Themenfeld Rechtsextremismus und Fragen der „Inneren Sicherheit“.

Interview: Andreas Kemper

„Die Neue Rechte sieht die AfD als Mittel zum Zweck. Es geht darum die kulturelle Hegemonie zu gewinnen.“

**Welche wesentlichen Trends sehen Sie in der jüngsten Entwicklung der AfD?
(Bewertung demoskopische Daten, interner Richtungsstreit, Ost-West-Gefälle,
Radikalisierungs-Potential durch bestimmte Akteure etc.)**

Die AfD wird bundesweit nur dann in die Parlamente einziehen, wenn sie von einem bestimmten Thema getragen wird: das ist jetzt die Flüchtlings-Debatte, davor war es die Diskussion um die Griechenland-Politik, es kann aber auch eine von den Medien inszenierte Kampagne sein, wie die Sarrazin-Debatte, die der AfD hilft. Einen ideologischen Richtungsstreit sehe ich in der AfD nicht. Der christliche Fundamentalismus, die Neue Rechte und der National-Liberalismus als Strömungen in der AfD haben sich miteinander arrangiert. Die transatlantisch-neoliberale Strömung um Lucke und Henkel hatte in vielen Punkten einen Dissenz zur aktuellen nationalkonservativen AfD. Aktuell gibt es eher einen strategischen Dissenz. Die Neue Rechte sieht die AfD als Mittel zum Zweck, es geht darum, die kulturelle Hegemonie zu gewinnen, eine Enttabuisierung von Begriffen und Gesetzen durchzusetzen, das ist die „historische Mission“ der AfD. Der pragmatische, realpolitische Flügel will hingegen unbedingt eine Partei rechts von der CDU/CSU durchsetzen. Sollten sich Beatrix von Storch, Björn Höcke und Alexander Gauland einig sein, dann hat Frauke Petry keine Chance, sie wird sich dann dem radikalen Kurs anpassen oder die Partei verlassen müssen.

Welche zentralen Erkenntnisse bestimmen ihre Sicht auf das „Pegida-Phänomen“?

Pegida wird komplett überschätzt. In Münster hatten wir letztes Jahr eine Anti-Pegida-Demonstration mit zehntausend Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Auch die AfD wurde „als demokratisch gewählte Ratspartei“ eingeladen, eine Rede zu halten. Das ist Irrsinn. Die AfD ist sehr viel gefährlicher. Dass Pegida stärker als Gefahr wahrgenommen wird als die AfD hat mit einer bürgerlichen Dominanz der Medien zu tun: Pegida, das sind die „Verproletarisierten“, die „dumme Masse“ - AfD hingegen, das sind doch Studierende... Dabei ist klar, dass die Strömung von Björn Höcke rechts von Pegida steht, er hat Pegida kritisiert, weil diese sich nur auf die „christlich-jüdischen Wurzeln“ des Abendlandes beziehe, nicht aber auf die „germanischen-antiken Wurzeln“. Björn Höcke ist sehr viel weiter rechts eingestellt als Lutz Bachmann, Höcke vertritt eine faschistische Ideologie und Höcke ist allem Anschein nach durch den militanten Neonazi Thorsten Heise erpressbar aufgrund einiger Texte in NPD-nahen Zeitschriften.

Es müsste einmal untersucht werden, warum Rassismus immer der sogenannten „Unterschicht“ zugeschoben wird, nicht aber der gut ausgebildeten Mittelschicht.

AfD und Pegida: wo sehen Sie gemeinsame Schnittmengen, wo Trennungslinien?

Pegida bedient lediglich ein oder zwei Themen der AfD und verfügt über keine Parteistrukturen. Außerdem haben die AfDler und AfDlerinnen wie Höcke, Storch, Gauland sehr viel größere Sympathien in der rechten Szene, auch bei PI-News, als beispielsweise Bachmann, der Gründer von Pegida.

Kann man bei der AfD von einer „Pegida-Partei“ oder einer „Vorfeldorganisation“ sprechen?

Nein. Pegida ist die Vorfeldorganisation der AfD. Die AfD mobilisiert im Osten rassistische Demonstrationen und in Stuttgart heterosexistische Demonstrationen.

Ein führender Gewerkschafter sagte kürzlich: „in fünf Jahren werden wir eine rechtspopulistische Partei mit 20% Stimmenanteil haben.“ Ist diese Einschätzung aus ihrer Sicht realistisch oder überzogen?

Zu so einer Einschätzung kann man meiner Meinung nach kommen, wenn man von einem Ereignis ausgeht, welches zu den 20% führt. Wenn die Deklassierungsängste der Mittelschicht weiter zunehmen, dann könnte eine Partei rechts von der CDU/CSU auf bis zu 20% kommen.

Mit welcher Strategie kann dem (wachsenden) Rechtspopulismus effektiv begegnet werden?

Wir müssen also der Mittelschicht klar machen, dass Deklassierung völlig okay ist, dass man davor keine Angst haben braucht. Deklassierung bedeutet Aufhebung von Klassen und das ist doch etwas Gutes, wenn entsprechend auch die Superreichen deklassiert werden und eine ernsthafte gerechte Verteilung des immensen Reichtums in Deutschland stattfindet.

Sollte der Staat stärker repressiv gegen Rechtspopulisten und ihr Umfeld (vgl. die Zunahme von Straftaten und Attacken auf Flüchtlinge u.a.) agieren?

Flüchtlinge sind in der Regel traumatisiert, sie müssen vor Retraumatisierung geschützt werden. Im Jura-Studium und in der Polizei-Ausbildung sollten psychotherapeutisch ausgerichtete Trauma-Seminare obligatorisch sein.

Welche Bedeutung messen Sie in diesem Zusammenhang der operativen Beobachtung und Analyse durch den Verfassungsschutz bei? (vgl. Sachsen-Anhalt u.a.)

Kein Kommentar.

Welche Reaktion der Zivilgesellschaft auf den zunehmenden Rechts-Populismus ist aus ihrer Sicht am wirksamsten?

Es muss der Konkurrenzdruck aus der Gesellschaft herausgenommen werden. Diese Gesellschaft funktioniert, obwohl sie das Leistungsprinzip hintergeht (2,3 Billionen privates Erbschaftskapital in diesem Jahrzehnt; kontinuierlich strukturelle Bevorzugung von Akademikerkindern im Bildungssystem; usw.). Also sollten wir nicht so tun, als würde die Welt untergehen, wenn wir stärker nach Bedürfnissen als nach sogenannter „Leistung“ das Vermögen in Deutschland verteilen. Bedingungsloses Grundeinkommen, Ausweitung der Bildungsurlaubsseminare mit gesellschaftskritischen Themen, Wiedereinführung der Gesamthochschulen ohne Abitur oder Numerus Clausus als Voraussetzung und ein sehr viel stärkere Besteuerung der Reichen – niemand „verdient“ umgerechnet einen Stundenlohn von einer halben Millionen Euro, so ein Irrsinn führt zu Rassismus, Sexismus usw..

Welche Auswirkungen hätte aus ihrer Sicht eine parlamentarische Verankerung der AfD im Bundestag und (weiteren) Landtagen?

Sollte die Strömung von Höcke in der AfD bleiben, dann würden die Parlamente benutzt werden, um eine völkische bzw. faschistische kulturelle Hegemonie zu erreichen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass in allen Nachbarstaaten Deutschland rechte Parteien, also rechts von CDU/CSU, über zwanzig Prozentpunkte erreicht haben. Sollte dies in Deutschland auch passieren, könnte es geostrategisch zu einem rechten europäischen Zentrum mit entsprechenden Veranstaltungen und Aufmärschen werden. Deswegen und vor allem aufgrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung, darf das nicht passieren.

Interview: Thomas Leif

Andreas Kemper arbeitet als Sozialwissenschaftler in Münster und hat sich in mehreren Publikationen mit AfD und Pegida beschäftigt. Downloads der Studien unter: www.andreaskemper.wordpress.com

Auswahl:

Neu: "Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren

befinden" Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der "historischen Mission" Björn Höckes (AfD), Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 2015

http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-F-web.pdf

Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD, Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 [Teil 1](#) und [Teil 2 \(zu Europa\)](#)

[Sarrazins Correctness. Zur Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen](#) (März 2014)

[Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland. Zivile Koalition e.V.](#)
September 2013

Die Glut der Wut – nach der Verharmlosung folgt nun verspätet der warnende Weckruf führender Politiker zur Pegida-Gefahr:

Pegida-Veranstalter werden von den zuständigen Ministern plötzlich als „harte Rechtsextremisten“ und „Hassprediger“ bezeichnet.

Von Thomas Leif

Auf den voreilig von führenden Politikern und Meinungsbildnern beschworenen Niedergang von Pegida folgt nun –rechtzeitig zum Jahrestag der Gründung- der scheinbar überraschende Aufstieg des „fremdenfeindlichen“ Bündnisses. Dabei waren alle jetzt als „neue Entwicklungen“ bewerteten Pegida-Tendenzen schon länger absehbar. Die verschärfte, „neue“ rechtsextreme Rhetorik war bei den größeren und kleineren Pegida-Kundgebungen von Dresden bis Erfurt, von Berlin bis in die schwäbische Provinz seit Monaten zu besichtigen. Überall war das regionale Konglomerat des organisierten Rechtsextremismus längst in den Organisationskern der Veranstalter eingedrungen. Für die Alternative für Deutschland (AfD) wirkten die Pegida-Demonstrationen von Beginn an als Vorfeldorganisation und Empörungskatalysator. Halbherzige Distanzierungen und kühl kalkulierte Verharmlosung von Pegida durch die AfD-Spitze waren stets nur ein typisches Instrument der „Stop-and-Go-Rhetorik“, die den gemeinsamen Identitätskern von AfD und Pegida prägen. Beide wirken gezielt als „Ressentiment-Schleudern“, die auf der Basis von nationaler Grundierung dem rechtsextremen Set von Vorurteilen, Übertreibungen und Angriffen auf Flüchtlinge und Minderheiten Resonanz verschaffen. Das alles ist nicht neu. Neu ist nur, dass die Politische Klasse nun empört reagiert und auf harte Repression umschalten will. Der tiefere Grund für diesen Kurswechsel liegt nicht im jüngst mitgeführten Galgen auf der Pegida-Demo, nicht in der Messerattacke von Köln, sondern im Versagen der etablierten Politik im Umgang mit dem empirisch gut erforschten Tabu-Thema: dem „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft.“ Die einschlägigen Studien der Universitäten Leipzig und Bielefeld (vgl. u.a. Fragile Mitte – Feindselige Zustände, www.fes.de) dokumentieren seit Jahren, dass bei etwa 15 Prozent der deutschen Bevölkerung ein stabiles, rechtsextremes und fremdenfeindliches Weltbild vorherrscht. Dieses Potential nutzt nun das Pegida-Ventil, um sich bemerkbar zu machen.

Die Schweigespirale der politischen Klasse – Verschweigen, Abwarten und Aussitzen

Diese Forschungsergebnisse passen jedoch nicht in die politische Landschaft, weil sie Handlungsdruck entfalten würden, wenn sie denn ernst genommen würden. Da Politik aber in der Berliner Routine nur das Management des Unabwendbaren ist, wurden die Studien ignoriert oder als übertrieben abgetan. Fast durchgängig gilt – ausgesprochen oder nur angenommen – das „Kauder-Prinzip“. Sozusagen als goldene Regel in der politischen Klasse. Dieses Prinzip geht auf den Umgang der etablierten Parteien mit den Republikanern im baden-württembergischen Landtag zwischen 1992 und 2001 zurück. Dort kam man zu der vermeintlich gesicherten Erkenntnis, dass das konsequente Verschweigen und die Nicht-Beschäftigung mit den Rechtsextremen die beste Ausrottungs-Medizin gegen Rechtsextremisten sei. Die bequeme

Strategie `Verschweigen und Ausklammern´ unterschätzt aber das in Deutschland vorhandene Potential des stabilen und diffusen rechtsextremen Sympathie-Milieus. Im Schatten dieser Grundhaltung hat der Verfassungsschutz in allen Ländern versäumt, die Öffentlichkeit frühzeitig mit gesicherten Erkenntnissen zu versorgen. Diese Chance, mit der die müden Behörden ihren Dienstleistungscharakter für die Öffentlichkeit hätten beweisen können, blieb ungenutzt. Jetzt mahnt auch die SPD Generalsekretärin die Expertise des Inlands-Geheimdienst an.

Völlig unerwartet –und im Gegensatz zu früheren Beschwichtigungen- spricht der Innenminister nun von „hartem Rechtsextremismus“ bei den Pegida-Organisatoren. Der Justizminister kommt zu der längst überfälligen Einsicht, dass die Mitläufer hinter den „Rattenfängern“ überlegen sollten, wen sie mit ihren ausländerfeindlichen und rassistisch geprägten Protesten unterstützten? Der SPD-Vorsitzende erkennt in Pegida jetzt eine „in Teilen offen rechtsradikale Empörungsbewegung. Kenntnisreiche Zuarbeiter im SPD-Parteivorstand hatten diese Abgrenzungs-Strategie schon auf dem Höhepunkt der Pegida-Proteste vor fast einem Jahr empfohlen.

Die Pegida-Proteste sind zum prägenden Muster für Entfremdung, Ohnmacht und Politikverweigerung geworden.

Ein Rückblick erleichtert die Übersicht. Bis zu 30.000 Menschen folgten auf dem Höhepunkt den Dresdner Pegida-Demonstration. Zwar leben nur wenige Muslime in Dresden, aber die Pegida-Plattform gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlands funktionierte vor allem als Projektionsfläche für generelle Frustration, Wut und Ängste gegen „Ausländer“ und „Asylanten“. Der Zustrom von Flüchtlingen, der nicht nur die Administration zu überfordern scheint, bietet jetzt die ideale Kulisse für ständig verschärfte Pegida-Parolen. Pegida-Proteste stehen auch für Abstiegsängste, die Gefahr „abgehängt“ zu sein oder zu werden. Dieser schleichende Prozeß wurde von Beobachtern in den sperrigen Begriff der „Entheimattung“ gefasst.

Mitte März 2015 demonstrierten erneut weit mehr als 10.000 Pegida-Anhänger. Die Glut der Wut war trotz anders lautenden Einschätzungen, sowie politisch-medialer Entwarnung, noch nicht erloschen. Befeuert wurde die Pegida-Bewegung durch ihre Wechselbeziehung als „Vorfeldorganisation der AfD. Die „Erfurter Erklärung“ Mitte März 2015 (der Ost-AfD-Verbände Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg) war das deutliche Signal, dass die Forderungen der Straße von den radikalisierten Kräften in der AfD aufgenommen wurden. Längst hatten rechtsradikale Kräfte, die ungeprüft in die AfD über Jahre einwanderten, die Oberhand in Schlüsselpositionen gewonnen. Mit radikalisierten Pegida-Positionen trieben sie gezielt einen Keil in die AfD. Gelegentliche Ablenkungsmanöver wie der angeblich neue „Mitte-Kurs der AfD“ waren nur typische Ablenkungsmanöver.

Der perfekt inszenierte Spagat zwischen mehr oder weniger verbrämten rassistischen Positionen und ein paar sorgenvollen Sachaussagen rund um Euro, Familie und Steuern gehört zur DNA der AfD und zu Pegida. Sie beherrschen das auf breite Resonanz ausgerichtete Instrument der Eindruckserweckung fast besser als die „Altparteien.“

Die Wurzeln der Pegida-Proteste zwischen Latenz und Sichtbarkeit

Von Anfang an unterwanderten Rechtsradikale Pegida und reihten sich mit ihren Parolen gegen "Volksverräter" und "Lügenpresse" ein. Die rechtspopulistische AfD versuchte, von Pegida zu profitieren. Im Hintergrund arbeitete man zusammen und beriet sich. Hooligans waren stets die akzeptierte „Schutztruppe“ bei Pegida-Aufmärschen. Sie sind zudem das Scharnier zur ebenfalls stets präsenten gewaltbereiten rechten Fußball-Fanszene. Medialer Höhepunkt für Pegida war der Auftritt der damaligen Sprecherin Kathrin Oertel bei "Günther Jauch" (18.1.15) vor etwa sechs Millionen Zuschauern und nach wochenlanger, taktisch klug inszenierten Medienverweigerung. Seitdem gab es in der Mobilisierung einige Dämpfer, die aber das rechte Protestpotential nur zeitweise als geschwächt erscheinen liessen. Eine Bestätigung für das „Kauder-Prinzip“. Dazu kam die Selbst-Entlarvung des vorbestraften Pegida-Chefs Lutz Bachmann als dumpfen Rassisten, dann die Spaltung des Träger-Vereins wegen des noch rechtslastigeren Ablegers in Leipzig: Legida. Selbst die AfD-Rechte um Alexander Gauland und Frauke Petry grenzte sich zeitweise ab, zumindest konnten ihre Äußerungen so verstanden werden. Auch diese Ereignisse waren Wasser auf die Mühlen des „Kauder-Prinzips.“

Was kennzeichnet das Pegida- Wutbürger-Potential?

Pegida verändert das öffentliche Klima; zunehmend kommt es zu militanten Auseinandersetzungen von Gegnern und Befürwortern. (Frankfurt, Wuppertal, Berlin, schwäbische Provinz)

Seit den ersten Pegida-Demonstrationen Ende Oktober 2014 hat sich die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe massiv gesteigert. Die Zahlen sind alarmierend, sie werden auch gemeldet, aber niemand zieht Konsequenzen.

Ergebnisse von vier vorliegenden Studien von Vorländer, Rucht, Walter und Patzelt stimmen in vielen Aspekten überein, auch wenn die empirische Datensicherheit begrenzt ist. Das erwünschte Auskunftverhalten und die selektive Aussagebereitschaft, begrenzen die Aussagekraft der Studien, sie die Forscher selbst einräumen. Nach diesen Studien zeichnet sich folgendes Pegida-Profil ab. Die groben Tendenzen der Unterstützer:

- Angestellte und Arbeiter, Freiberufler und Selbständige, ver gleichsweise wenige Studierende und Auszubildende
- überwiegend Männer
- Altersdurchschnitt: ca. 46 Jahre
- Bildungsstand: oft Realschulabschluss, zum Teil Abitur, auch etliche mit (Fach-) Hochschulabschluss
- auskömmliche Gehälter; nicht nur die „Unterschicht“, das „Prekariat“
- drei Viertel ohne Konfession (typisch für Ostdeutschland)
- die meisten kommen aus Dresden und dem Umland.

(Zusammenstellung nach Patzelt

<http://www.docdroid.net/qsma/pegida-studie-prsentationsfolien-releasecandidate-v2-2.pdf.html>)

Die Studie von Patzelt diagnostiziert eine gewaltige „Repräsentationslücke zwischen Pegida-Anhängern und der etablierten Politik: Auf die Aussage: „Ich fühle mich durch unsere Parteien und Politiker vertreten!“ gaben 74,5% „stimme gar nicht zu“ an und weitere 15,9% „stimme eher nicht zu“.

Die Auswertungen ergeben, dass aus Sicht der Pegida-Anhänger die Politiker in einer „Parallelwelt“ leben.

Das zeigt einen wunden Punkt des politischen Systems, auf den die Parteien reagieren müssen.

Deren Mittel der Wahl scheint aber lange Zeit die Ignoranz zu sein, zumindest nach Außen. Finanzminister Schäuble sprach von einer „Schande“. Jetzt –nachdem führende Politiker ihre Angriffe auf Pegida plötzlich eskaliert haben- hat man sich auf eine harte Repressionspolitik verständigt. Öffentliche Attacken auch auf die Mitläufer, Ausschöpfen aller juristischen Mittel, Mobilisierung des Verfassungsschutzes stehen jetzt auf der Tagesordnung. Der Grund: Alle Parteien kämpfen bei den Wahlen um die 40% der Unentschlossenen. weil Pegida die politische Atmosphäre zu Gunsten der AfD prägt, breitet sich eine Alarmstimmung in den Parteizentralen aus. Arbeitsstäbe können jetzt wieder ihre zuvor unbeachteten Analysen aus den Schubladen holen. Denn eine mit dem Pegida-Sog deutlich über fünf Prozent stabilisierte AfD „verändert das gesamte Parteiensystem“, kalkuliert ein Parteistrategie der SPD. Späte Einsichten.

Stichflammen-Dialoge mit Pegida als mediale Inszenierungen gescheitert

Mit den Pegida-Organisatoren, den Nazi-Unterwanderern und den xenophoben Hassparolen-Verbreitern diskutiert die politische Klasse nicht. Das war im Sinne des „Kauder-Prinzips“ lange Zeit unausgesprochener Konsens.

Die Unsicherheit, wie man mit Pegida und Co umgehen sollte, drückte sich in der Haltung des SPD-Vorsitzenden aus.

Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen, der den Dialog mit den Pegida-Akteuren fahrlässig-naiv pflegte, hatte eine Gesprächsplattform für Gabriel mit Pegida-Akteuren Anfang des Jahres vorbereitet.

Sigmar Gabriel formulierte seine Motivation für den in der SPD Führung massiv umstrittenen Dialog-Einsatz: „Ich finde, wir müssen ganz deutlich unterscheiden zwischen den Organisatoren von Pegida und vielen Demonstranten: Nicht wenige der Organisatoren von Pegida sind verurteilte Kriminelle, Neonazis und Antisemiten. Denen geht es nur darum, unsere Gesellschaft zu spalten und radikale Ideologien zu verbreiten. Den Terror zu benutzen, um unsere muslimischen Mitbürger auszugrenzen und gegen Flüchtlinge zu hetzen, ist kaum zu ertragen. Das sind unbelehrbare Rechtsradikale, die außerhalb unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung stehen.

Wir müssen uns aber mit den Menschen beschäftigen, die in den letzten Wochen zum Ausdruck gebracht haben, dass die Dinge, die ihnen wichtig sind, von der Politik nicht mehr aufgegriffen werden. Wir müssen deren Sorgen und Ängste ernst nehmen, auch weil diese Distanz zur Politik inzwischen sehr verbreitet ist. Mit diesen Menschen das Gespräch zu suchen, das ist die Aufgabe von Politik und Parteien. Demokratie lebt vom Dialog, auch wenn er schwierig ist.“

Der Dialog war einmalig, offenbar hatte der SPD-Vorsitzende die Grenzen der Kommunikation mit den „Rattenfängern“ erkannt. Die Warnungen der SPD-Generalsekretärin hatten jedenfalls keine Wirkung.

Zuvor hatte sich die sächsische CDU wiederholt mit Pegida-Vertretern getroffen. Sogar die Bundes-CDU plante –laut Medienberichten– eine Begegnung. Die sächsische CDU scheint bis heute noch keinen klaren Kurs im Umgang mit dem Pegida-Phänomen gefunden zu haben. Zusammengefasst: Die Dialogstrategie mit Pegida ist auf ganzer Linie gescheitert; sie wertete die Akteure auf, ohne eine Einsicht zu befördern.

Das „Konzept“ Pegida

Das „Patriotismus“-Konzept von Pegida lebte von Beginn an von einer eindeutig fremdenfeindlichen Komponente, unterscheidet sich aber von den Parolen offen rassistischer Neo-Nazis. Der Haupt-Slogan der Pegida „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“ und der Text auf der Homepage: „Es muss für uns wieder normal sein, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen! Gegen Antipatriotismus!“ sind aber anschlussfähig an andere nationalistische, rechtsextreme und rechts-konservative Denkmuster und Positionen.

Eine zentrale Erkenntnis: Die Pegida-Mitläufer sind nicht durchgehend rechtsextrem, aber sie dulden in ihrer Wut stillschweigend rechtsextreme Positionen. Sie haben rechtsextreme Sprach- und Denkmuster enttabuisiert und sie akzeptieren deren eindeutig rechtsextremen Frondeure.

Gemeinsamer Nenner von Pegida: Die (rechts-) extreme Politiker-Verdrossenheit

Anhänger von Pegida sind zwar –in unterschiedlichen Dosierungen– auch rassistisch und fremdenfeindlich, sie sind sich aber vor allem einig in den Stammtisch-Feindbildern gegen die Politik, gegen die (System-)Presse. Überall wittert man Verschwörung, Institutionen schlägt Misstrauen entgegen. Übereinstimmung gibt es mit den Sarrazin-Thesen („Tugendterror“, „Deutschland schafft sich ab“, „political correctness dominiert“, „Lügenpresse verschweigt die wahren Probleme“ etc.) und anderen Elementen des (rechts-)populistischen Kommunikations-Sets: Mit Sprüchen wie „Man wird doch noch sagen dürfen“, „das ist keine Demokratie“, „Medien lügen“, „Politiker sind korrupt“, „gesundes Volksempfinden“ stellt man sich gegen das Politiker- und Eliten-Kartell, das mit dem früheren Begriff der Grünen von den „Altparteien“ umschrieben wird.

Auf diese politische Melange gibt es –auch in Dialogen– keine Antworten der etablierten Politik. Die Verweigerung des Diskurses über wesentliche Streitfragen und die Ausblendung von heiklen Themen im parlamentarischen Betriebssystem scheint sich nun zu rächen.

Pegida stellt die Demokratie als Lebensprinzip in Frage – das ist ein Markenzeichen der Bewegung. Der Ruf „Wir sind das Volk“ ist nicht nur eine taktische Kommunikation, sondern drückt eine „demokratische“ Selbstlegitimation (durch Exklusion) aus: „Das Volk sind wir“ – die anderen sind damit nicht Volk (schon gar nicht die „Ausländer“). Dieser Demokratie-Begriff basiert jedoch auf einem gefährlichen Freund-Feind-Denken. Solche Denkschablonen haben mittlerweile größere Teile der Bürgerschaft

erreicht und durchdrungen, auch jene, die (noch) nicht auf die Straße gehen.

Sieben Propaganda-Muster von Pegida

Die Pegida - Hauptakteure folgen dem Muster „Ressentiments stimulieren, aber gleichzeitig die Aussagen programmatisch abfedern.“ Forderungen von Pegida wie: „nicht gegen Einwanderung, aber für kanadisches Modell“; „für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, aber gegen Wirtschaftsflüchtlinge“) illustrieren den Spagat. Im Netz und in kleineren Kreisen, internen Sitzungen etc. wird der Hass gleichzeitig offener stimuliert .

Den Pegida-Teilnehmer das Gefühl geben, Pegida sei das Sprachrohr für ihre Ängste und Sorgen – von der Angst um den Wertverlust der eigenen Immobilie, der Angst vor dem Abstieg, der Überfremdung, der Angst vor Identitätsverlust bis zur Angst um die 15-jährige Tochter, die neben einer Unterkunft mit vielen alleinstehenden Männern wohnt.

Politikverdrossenheit als Allzweckwaffe: „Medien lügen über uns“, „man wird doch noch sagen dürfen“ etc. Gleichzeitig (weitgehende) Verweigerung jeder ernsthaften Diskussion. Kritische Berichterstattung in den Medien wird als Bestätigung von deren Voreingenommenheit und Abwertung der Sorgen der einfachen Menschen gewertet.

Behauptung von Gesetzes- und Verfassungstreue: Man stehe auf dem Boden des Grundgesetzes und der Meinungsfreiheit und werde in der Berichterstattung diffamiert: „Seht was die Medien aus euch machen, die bezeichnen euch als Nazis und Hooligans, diese Linksfaschisten machen euch zu bösen Menschen" .

Zurückweisen der Bezeichnung als rechts und rassistisch (wie AfD) – gleichzeitig keine Distanzierung von Hooligans/Nazis, die einbezogen werden. Pegida: „Wir sind keine Nationalsozialisten, denn wir sind ja „keine Sozialisten““.

Opferrolle übernehmen: „Wir werden verfolgt“. Etwa: Darf man in diesem Land nicht mehr rechts sein (obwohl man ja gar nicht nur rechts sei)?

SPD, Grüne und Linke und zivilgesellschaftliche Organisationen angreifen: Diese sägen an Demokratie und Meinungsfreiheit, sie wollen eine andere Gesellschaft.

Arbeitsteiliges Verhältnis der AfD zu Pegida:

Parteibasis, Mitglieder und Sympathisanten der AfD forderten vielfach ein klares positives Bekenntnis der Parteispitze zu Pegida.

Der frühere Parteivorsitzender Bernd Lucke stand zunächst für Zurückhaltung. Er wollte von dem Pegida-Druck für das öffentliche Klima profitieren, ohne sich gemein und damit angreifbar zu machen. Er hatte ein taktisches Verhältnis zu Pegia. Eine Kurskorrektur von Lucke folgte am 9.12.2015: Demonstrationen seien „gut und richtig“. Es gäbe „berechtigte Sorgen über die Ausbreitung von radikalem islamistischem Gedankengut“. Er mahnte aber: „Da zentrale abendländische Werte die Rechtsstaatlichkeit, die Toleranz und die Religionsfreiheit sind, darf die Pegida-Bewegung keinen Zweifel daran lassen, dass sie mit der Verteidigung des Abendlandes genau diese Werte anstrebt.“

Frauke Petry machte im Interview mit „Junge Freiheit“ frühzeitig klar: „Auch in Dresden ist es das gute Recht eines jeden Bürgers, zu demonstrieren und friedlich sein Anliegen öffentlich zu machen. Blockaden dagegen sind Straftaten, die von der Partei konsequent unterbunden werden müssen.“ (Die Welt, 8.12.14)

Alexander Gauland: „Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung“ (Süddeutsche Zeitung, 09.12.14).

Konrad Adam empfiehlt Mitgliedern „Absage an Gewalt, klare Kante zu zeigen und zu den Provokateuren von rechts und links gleichen Abstand zu halten“. (Die Welt, 8.12.14)

Fazit: Die Haltung zu Pegida und deren militanten Forderungen waren in der AfD von Beginn an nur in Nuancen umstritten. Heute steht fest: Pegida wirkt als Vorfeldorganisation der AfD.

Vorschläge für die politische Kommunikation mit den Bürgern wurden (bislang) nicht umgesetzt

Schon frühzeitig wurde die Gefahr, die von Pegida für das politische Klima ausging, erkannt. Verspätet scheinen der sozialdemokratische Justizminister die Lage erkannt zu haben. In einem SPD-internen Argumentationspapier wurden bereits im Frühjahr 2015 folgende Vorschläge gemacht, die ein Wegweiser für alle demokratischen Parteien sein könnten. Wörtlich heißt es in dem Papier:

„1. Gegen Politikverdrossen: Nicht fälschlicherweise schnelle Lösungen versprechen, wo es sie nicht gibt. Viele Menschen – und die meisten gehen nicht auf die Straße – sind mit Entwicklungen und Problemen konfrontiert, die von der Politik nicht durch schnelle Maßnahmen aus der Welt geschafft werden kann. Das muss die Politik einräumen.

2. Gegen Politikerverdrossenheit: Weniger Flüchtlings- bzw. Integrationspolitik (political correctness) von oben, die sät Misstrauen, Abwehr und Widerstand – mehr und frühzeitige Kommunikation, Bürger-Beteiligung (Kommunen, Nachbarschaften, BürgerInnen) durch Information, Beteiligung an Planung, Umsetzung und Betrieb.

3. Gegen Hetze, für Menschlichkeit: Angreifen, wo gehetzt und verleumdet wird: Pegida ist „aggressive Stimmungsmache gegen Menschen, die alles verloren haben“ (Ralf Jäger).

4. Die Härte des Rechtsstaats zum Tragen bringen gegen Extremisten aller Couleur und ihn verteidigen, gegen leichtfertige Stimmungsmache, die entweder Ängste erzeugt oder Vorurteile aufbaut.

5. Mehr Offenheit: Offener reden über die Ursachen von Zuwanderung. Unterscheiden zwischen unabweisbarer Nothilfe und Ursachenbekämpfung, über internationale Erfahrungen, wirtschaftliche Motive auf unserer Seite und seitens der Migranten etc.

6. Mehr Politik wagen: Für eine Debatte über Kriterien einer modernen Gesellschaftspolitik in einer pluralen Gesellschaft (Rechte und Erwartungen an Zuwanderer ebenso wie an die in Deutschland lebenden Muslime).

7. Für klare Zuständigkeiten, keine Verschiebebahnhöfe für Verantwortung: Der Bund, als die Ebene, die entweder die Regeln für Zuwanderung in Deutschland und Europa mitbestimmt und für die Außenbeziehungen zuständig ist, muss die finanziellen Belastungen für die Hilfe und Integrations-Leistungen vorhalten und erbringen, die daraus folgend von Ländern und Kommunen erbracht werden müssen. Der Bund hat zu lange den Kommunen Handlungssicherheit verwehrt.“

Diese sieben Punkte wären eine Gegenstrategie für das in der gesamten politischen Klasse verbreitete „Kauder-Prinzip.“ Politik ist das Management von unausweichlichen Prozessen. Vielleicht ist nun –ein Jahr nach den ersten Pegida-Demonstrationen- der Druck angeschwollen und die Zeit zum entschlossenen Handeln.

Wie stark ist die Unterwanderung von AfD/Pegida durch Rechtsextreme und Islamfeinde (etwa von früheren Mitgliedern der Partei „Die Freiheit“?)

Nach der Spaltung der AfD auf Grund der rechtsextremen Unterwanderung rechtsextremer Kräfte –so die Analyse u.a. des Parteigründers Bernd Lucke- ist die genaue Bestimmung dieser Entwicklung eine der zentralen Herausforderungen der Forschung und der öffentlichen Auseinandersetzung mit AfD und Pegida. In den angefügten links finden Sie zahlreiche Belege für die Präsenz von Rechtsextremen in Führungsgremien der Partei. Die Beschlüsse der AfD zur Überprüfung der rechtsextremen Antragsteller auf AfD-Mitgliedschaft waren in der Praxis meist Makulatur und wurden nicht – wie vorgeschrieben- durchgehend angewendet. (Einzelgespräche entlang eines detaillierten Fragebogens, Beschlüsse der Landesvorstände uvm.)

Rechte in der AfD:

Rechte in der AfD Sachsen:

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd_16971

<http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/landtag-sachsen/artikel/afd-wird-ultrarechte-geister-nicht-los.html>

<http://gefahr-von-rechts.de/2014/09/08/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd/>

<http://publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/>

<http://www.wdr.de/tv/applications/daserste/monitor/pdf/2013/1017/afd.pdf>

Hochschulen/junge AfDler:

<http://keinealternative.blogspot.de/2013/12/09/rechte-hochschulgruppe-in-tuebingen-aktiv/>

<http://www.ruhrbarone.de/polizei-ermittelt-gegen-afd-jugend-funktionaer-maximilian-kneller/113516>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/kein-parteiausschluss-bei-burschenschafter-lucke-wir-haetten-manche-lieber-nicht-in-der-afd/9741068.html>

http://www.keine-stimme-den-nazis.org/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=5985

Brandenburg:

<http://www.bnr.de/artikel/brandaktuell/afd-fraktionsvize-leitet-rechtsextremen-verein>

<http://www.infort.de/voelkisches-vom-afd-abgeordneten-andreas-kalbitz/>

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/903176/>

<http://www.bnr.de/artikel/brandaktuell/afd-fraktionsvize-leitet-rechtsextremen-verein>

Hessen:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/hessen-afd-landesvorsitzender-peter-muench-verschleierte-republikaner-mitgliedschaft-13285849.html>

Berlin:

<https://www.antifa-berlin.info/news/409-neurechte-strukturen-in-charlottenburg-wilmersdorf---ein-berblick-ber-afd-die-anderen-rechtsradikale>

Rheinland-Pfalz:

www.swr.de/leiftrifft - Film zur AfD (45.00) und website mit zahlreichen Hintergrundinformationen zum AfD-Vorsitzenden RLP, der wie viele andere AfD Spitzenfunktionäre Mitglied in der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“ war.

Gute Gesamtübersicht:

<http://gj-goettingen.de/wp-content/uploads/2014/05/Extreme-Rechte-in-der-AfD.pdf>

Sehr gute Primärquellen zur Unterwanderung und Integration von Rechtsextremen, Rechtspopulisten u.a. finden Sie auf der facebook-Seite von afd watch und der homepage von www.afdwatchafd.wordpress.com